

TÜRKEN UND ARMENIER: ZWEI NAHE VÖLKER TÜRKEI UND ARMENIEN: ZWEI ENTFERLTE NACHBARN

Hrant Dink

Die türkische Außenpolitik war in den letzten Jahren stark darauf ausgerichtet, auf Sicherheit und Konfliktfreiheit beruhende Beziehungen mit den Nachbarländern aufzubauen. Aber in den Beziehungen zu Armenien gelang es nicht, wichtige Schritte zu unternehmen. Die Konflikte in den türkisch-armenischen Beziehungen sind weit davon entfernt, von heute auf morgen durch einen Diskurs „des guten Willens“ abgelöst zu werden, da hierbei vielfältige Parteien, Akteure und Wirkungsfaktoren eine Rolle spielen.

Die Geschichte, die gegenwärtig gespannte Lage im Kaukasus, das Interesse von Außenstehenden und zu guter letzt die unterschiedlichen Meinungen auf der türkischen und der armenischen Seite stellen ein jeweils eigenes Problem dar: die armenische Welt umfasst beispielsweise neben dem armenischen Staat und ihrer Bevölkerung auch die über die ganze Welt zerstreute Diaspora -ArmenierInnen sowie die armenische Bevölkerung in der Türkei, die nur begrenzt die Entwicklungen beeinflussen kann. Diese Zersplitterung führt naturgemäß zu unterschiedlichen Standpunkten und Auffassungen. Es ist daher unvermeidlich, dass sehr unterschiedliche Meinungen existieren.

Dieser Artikel stellt ausschließlich meinen Standpunkt dar, den Standpunkt des Armeniers und ‚Türkei-Armeniers‘ Hrant Dink. Er erhebt nicht den Anspruch, umfassend und repräsentativ für die türkischen ArmenierInnen zu sprechen. Zu den Koordinaten meines Standpunktes: Ich habe zwei Identitäten, die ich verinnerlicht habe und im vollen Bewusstsein lebe: Erstens bin ich ‚Türkei-Armenier‘ und somit türkischer Staatsbürger. Zweitens bin ich Armenier. Die Türkei kenne ich mehr als alle diejenigen, die im Ausland leben. Ich bin mir dessen bewusst, dass wir fern jeglicher Wirklichkeit des ‚Verrats der eigenen Herkunft‘ oder ‚Vaterlandsverrates‘ beschuldigt werden. Ich selbst kann aber gar keine meiner Identitäten verraten oder ihnen meine Treue brechen.

URSACHEN DER NICHT-BEZIEHUNG ZWISCHEN DER TÜRKEI UND ARMENIEN GESCHICHTE...TRAUMA....PARANOIA

Hauptursache für die fehlenden Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien ist die psychologische Komponente der gegenseitigen Wahrnehmung, die einen weiten Bogen von der Vergangenheit bis in die Gegenwart spannt. Auch wenn es schwer fällt, muss man eingestehen, dass beide Seiten in ihrer gegenseitigen Haltung ruhelos und wankelmütig sind. Die ArmenierInnen mit ihrer traumatischen und die TürkInnen mit ihrer paranoiden Haltung, beide sind sie klinische Fälle.

Die Identität beider Gruppen beinhaltet unvermeidlich die andere Gruppe als ‚das Andere‘. Profunde Vorschläge zur Lösung des Problems zwischen beiden Bevölkerungen sind ohne

weitestgehende Analyse des Bildes ‚des Türken‘ in der armenischen und ‚des Armeniers‘ in der türkischen Identität nicht zu machen. Bei einer solchen Analyse kann man die armenische Welt wiederum nicht als homogen betrachten. Sie ist vielmehr als ein Dreigespann aufzufassen, das sich aus den ArmenierInnen in Armenien, den Diaspora-ArmenierInnen und den ArmenierInnen in der Türkei zusammensetzt. Und selbst bei dieser Kategorisierung sind die jeweiligen Gruppen keineswegs als homogene Einheiten zu verstehen. Man muss sie in ihrer ganzen Komplexität wahrnehmen.

Die erste Gruppe, über die gesprochen werden muss, ist zweifelsohne die armenische Diaspora, für welche das erlebte Trauma schwerste Folgen hatte. Von den insgesamt acht Millionen ArmenierInnen leben heute Schätzungen zufolge ein Drittel in Armenien und zwei Drittel in der Diaspora. Diese Zahlen allein weisen bereits auf die paradoxe Situation hin, in der sich die armenische Bevölkerung heute befindet: Es handelt sich um eine Nation, die noch vor einem Jahrhundert für ihre Unabhängigkeit kämpfte. Eine Nation, die hierfür in Kauf nehmen musste, auf ihre Präsenz in den Gebieten zu verzichten, in denen sie 4000 Jahre lang gelebt hatte und eine Nation, die in Kauf nehmen musste, einen großen Teil ihrer Mitglieder zu verlieren. Heute, wo sie nach einem Jahrhundert plötzlich und unerwartet in Besitz eines unabhängigen Staates gelangt ist, lebt die große Mehrheit weiterhin außerhalb der Grenzen dieses unabhängigen Staates. Hinzu kommt, dass die Auswanderung nach der Unabhängigkeit zu einem weiteren Bevölkerungsrückgang führte.

Man ist also noch weit davon entfernt, Fragen zur Identität der armenischen Welt wie „wer“ oder „welcher Herkunft“ etc. beantworten zu können. Die Frage, wer nach welchen Kriterien zu den Diaspora-ArmenierInnen gehört, wird in der armenischen Welt wie folgt beantwortet: „Heute existiert im Südkaukasus ein unabhängiger armenischer Staat mit festen Grenzen. Dieses Land ist das Vaterland aller ArmenierInnen. ArmenierInnen, die außerhalb der Grenzen des armenischen Staates leben, sind Diaspora-ArmenierInnen.“ In Bezug auf die ArmenierInnen in der Türkei entspricht diese Definition jedoch nicht der Wirklichkeit. Es wäre falsch, sie als Diaspora-ArmenierInnen zu bezeichnen, da sie seit 4000 Jahren in diesem Gebiet leben.

Für die armenische Welt stellt die Türkei gegenwärtig einen der Hauptbezugspunkte dar. Ihre Bedeutung ist nicht auf die Geschichte begrenzt. Das Misstrauen der ArmenierInnen gegenüber der Türkei ist nicht weniger bedeutend als die Geschichte.

Die Lebensadern Armeniens wurden durch das gegen Armenien verhängte Wirtschaftsembargo in Folge des Berg Karabakh-Konfliktes abgeschnitten. Die prekäre wirtschaftliche Lage der ausgewanderten armenischen Bevölkerung ließ bei den Diaspora-ArmenierInnen eine weitere Missstimmung gegen die Türkei aufkommen. Sie gelangten zu der Überzeugung, dass die Zwangsaussiedlung der ArmenierInnen aus Anatolien nun im Kaukasus weitergeführt wird. Indizien hierfür sind z.B. der Aufruf der armenischen Führungselite an die Weltöffentlichkeit, die Türkei zur Aufhebung des Embargos zu zwingen oder auch das Engagement für die Gesetzesentwürfe über den Völkermord in den Parlamenten verschiedenster Länder.

Schon vor zwei Jahrhunderten bildete sich eine weltweite armenische Diaspora heraus. Die Wirtschaftsmigration in die europäischen Länder und später nach Amerika führte zur Herausbil-

derung der ersten armenischen Migrantenkolonien in diesen Ländern. Mit der Missionarstätigkeit unter der christlichen Bevölkerung Anatoliens nahm auch die Anzahl der MigrantInnen zu. Um zum Übertritt in die katholische oder protestantische Konfession zu überzeugen, wurde „eine freie und bessere Zukunft in einem anderen Land“ von den Missionaren bewusst verheißen. Die Migration wurde damit beschleunigt. Anfang des 20. Jahrhunderts etablierten sich erste katholisch-armenische Kolonien in Frankreich und protestantisch-armenische Kolonien in Amerika. Die Herausbildung der armenischen Diaspora erfolgte folglich in mehreren Etappen, wobei in jeder Phase eigene Gründe hierfür ausschlaggebend waren. Die armenische Diaspora entstand aus einer Migration vor 200 Jahren mit wirtschaftlichem und religiösem Hintergrund und entwickelte sich im Jahr 1915 zu einer Zwangsumsiedlung. Eine zweite Phase der Migration in die westlichen Länder folgte dann aus den Ländern des Nahen Ostens und aus der Türkei nach der Republikgründung. Schließlich fand die teils freiwillige, teils zwangsweise Auswanderung aus dem unabhängigen Staat Armenien statt.

Das letzte Jahrhundert des Osmanischen Reiches stellt zweifelsohne den allerschwierigsten und problematischsten Zeitraum dieser Migrationsgeschichte dar. Die grausame Unterdrückung, der die ArmenierInnen anatolischer Herkunft ausgesetzt waren, führte Anfang des 19. Jahrhunderts zu regionalen Aufständen und einem schrittweisen Anstieg der Migration.

„Die ethnische Vertreibung des armenischen Volkes“, welchen die Genozid-Forscher als den ersten Völkermord des Jahrhunderts bezeichnen, war jedoch der hauptsächliche Faktor für die Herausbildung der armenischen Diaspora. Diese in der offiziellen türkischen Sprache als ‚Deportation‘ bezeichnete ‚Zwangsumsiedlung‘ führte zur Massakrierung der Mehrheit der ArmenierInnen. Die Überlebenden erreichten die Provinzen Aleppo und Der Zor und migrierten von dort nach Europa und Amerika. Hierdurch erreichte die Zerstreung des armenischen Volkes in aller Welt ihren Höhepunkt. Es erklärt auch das heutige Vorhandensein der auf der ganzen Welt verteilten armenischen Kolonien und Gemeinschaften.

Anatolien ist das Heimatland aller auf der ganzen Welt zerstreuten ArmenierInnen. Die jüngste Migration aus dem Nahen Osten und aus Armenien in Richtung Westen beruht auf der jahrtausendelangen Entwurzelung der ArmenierInnen in Anatolien. Während die späteren Migrationsbewegungen innerhalb der Diaspora im Wesentlichen zeitlich begrenzte ‚Transitmigrationen‘ darstellen, ist die Migration aus Anatolien Hauptachse für die Migration. Die Diaspora-ArmenierInnen haben unabhängig davon, auf welchem Landstrich dieser Erde sie heute leben, ihre kulturellen Spuren nach Anatolien bis heute bewahrt. Auch nach Generationen sind noch immer Armenier anzutreffen, die Türkisch, ja sogar den jeweiligen regionalen Dialekt der türkischen Sprache beherrschen. Selbst in den am meisten assimilierten Familien sind bis heute Spuren insbesondere der anatolischen Geschichte zu finden. Es ist also nicht übertrieben, die armenische Diaspora als das „Anatolien in der Welt“ zu bezeichnen.

TRAUMA: PSYCHOLOGIE DER ARMENISCHEN WELT ODER DAS SCHWERE ERBE

Die problematischste und gleichzeitig größte Gruppe sind die Diaspora-ArmenierInnen. Entgegen der allgemeinen Vorstellung kann nicht von einer perfekten Organisationskultur unter

den Diaspora-ArmenierInnen gesprochen werden. Diese zielte fast ausschließlich auf die Bekämpfung der Assimilation und Bewahrung der eigenen Identität. Die damit verbundenen Ängste sind repräsentativ für den Virus, welcher die Konturen der Identität der Diaspora-ArmenierInnen umreißt. Das Phänomen Diaspora beinhaltet nicht nur die Entwurzelung eines Volkes von seinem Heimatland; es beinhaltet auch eine räumliche Zersplitterung eines Volkes, das Jahrhunderte lang zusammen lebte. Durch diese Zergliederung wird eines der wichtigsten Kriterien des „Nation-Building“, das „gemeinsame Territorium“, aufgehoben. Sie führt damit unvermeidlich zur Zerstörung der nationalen Identität. Genau dieses hat das armenische Volk in den letzten zwei Jahrhunderten erlebt.

Die Identität zu bewahren und sie zu leben, sind zwei unterschiedliche Dinge. Seit einem Jahrhundert versuchen die ArmenierInnen ihre Identität zu bewahren, anstatt sie zu leben. Heute wird in Armenien die Identität gelebt, während die Diaspora-ArmenierInnen versuchen, ihre Identität zu bewahren. In der heutigen Welt, in der globale Werte über lokale herrschen, bemüht sich die Diaspora mit aller Kraft, ihre Identität zu bewahren. Diese Bemühungen haben besondere Ursachen und erfordern spezielle Methoden und Mittel. Klassische Beispiele für diese Art von Diaspora sind die armenische und die jüdische Diaspora, die beide in einem Völkermord begründet sind.

Es ist eigentlich selbstverständlich, von der Menschheit zu erwarten, diesen beiden Völkern, die große Opfer erlitten haben, Sonderrechte zur Bewahrung ihrer Identität zuzusprechen und sie bevorzugt zu behandeln. Für die Juden geschah dies tatsächlich: Durch eigene Bemühungen um die Bewahrung ihrer Identität wurde „das auserwählte Volk Gottes“ aus religiöser Sicht zum „auserwählten Volk der Erde“. Dies gilt nicht für das armenische Volk. Die Weltöffentlichkeit hat die Sensibilität, welche sie dem Völkermord an den Juden entgegen brachte, den ArmenierInnen verweigert. Sie hat damit die tiefgreifende Zerstörung ihrer Identität verursacht.

Die ersten zwei Generationen der Diaspora-ArmenierInnen waren nie richtig darüber besorgt, ihre Identität zu bewahren. Denn das traumatische Erlebnis in der Geschichte wirkte ohnehin „Identität stiftend“ und machte besondere Bemühungen überflüssig. Außerdem überschattete der Überlebenskampf alles andere in dem neuen Land. Aber in der dritten und vierten Generation verlief die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität vollkommen anders. Bis dahin hatten weder die Weltöffentlichkeit noch die Täter das Geringste zur Aufarbeitung der Ereignisse um 1915 unternommen.

Die Zeit rann erbarmungslos dahin... trotz der generationenübergreifenden Spuren des Traumas ging eine ernsthafte Erosion der Identität von statten, das Armenier-Sein wurde vergessen. Man fühlte sich allmählich als AmerikanerIn, Französin oder RussIn. Der Anstieg der gemischten Ehen, die Anpassung der armenischen Namen und Sprache sowie die Vernachlässigung der Religion wurden für diese Generationen zum Stolperstein. Die Zugehörigkeit zur Diaspora ergänzte die armenische Identität um eine neue Dimension. Die über 5 Millionen Diaspora-ArmenierInnen wurden zu Individuen mit zwei Identitäten: Die neue Doppelidentität bedeutete aber nicht nur, zugleich z.B. AmerikanerIn und ArmenierIn zu sein. Sie beinhaltete auch die Auseinandersetzung mit der neuen und der alten Identität. Die alte Identität war nur eine

Nostalgie und das Eigenschaftswort ‚alt‘ beschrieb eigentlich nicht ‚das Vergangene‘ oder ‚das Veraltete‘ sondern eher ‚das Ungültige‘. In diesem Sinne konnte die „alte Identität“ nicht mehr gelebt sondern nur noch am Leben gehalten werden. Überraschenderweise konnte die armenische Diaspora ihre Identität am ehesten in den islamischen Ländern des Nahen Ostens aufrechterhalten. In der politischen Atmosphäre in den islamischen Republiken wie dem Iran, dem Irak, Syrien, Libanon und Ägypten konnte die über eine Million Mitglieder zählende armenische Diaspora ein in sich geschlossenes Gemeinschaftsleben führen. Mit ihren zahlreichen Schulen, Kirchen und Vereinen konnten sie im Gegensatz zu den Diaspora-ArmenierInnen in den westlichen Ländern ihre Identität gewissermaßen erhalten. Aufgrund der Kriege in den letzten 30 Jahren musste dennoch eine große Mehrheit die Region verlassen und in die westlichen Länder auswandern.

Deutlich wird hieraus, dass der Westen mit seinem Anspruch auf freie Entfaltung der unterschiedlichen Identitäten versagt hat, da er paradoxerweise die Assimilierung der Identitäten herbeigeführt bzw. erleichtert hat. Die Freiheitsbeschränkungen in den islamischen Ländern hingegen ermunterten die Diaspora möglicherweise eher zum Widerstand gegen die Assimilierung. Es ist zu vermuten, dass der fünfmal am Tag ertönende Ruf des Muezzins zum Gebet in den islamischen Ländern die Identität als ‚ArmenierInnen‘ oder als ‚Christen‘ verstärkt hat. Der Westen als das Paradies der Freiheiten hat sich folglich zu einer Hölle der Identitäten entwickelt. Das Konzept von Multikulturalität und die Errungenschaften für eine freie Entfaltung der Identitäten konnten das Höllenfeuer nicht löschen.

Die sich benachteiligt fühlenden ArmenierInnen lebten nun ihre Identität über ‚hartnäckige Forderungen nach Anerkennung der Wahrheit‘ aus. Die damit verbundene Verbissenheit wurde mit der Zeit zum Hauptmerkmal ihrer Identität. Was für die ersten Generationen „erdulden“ und „nicht zu Grunde gehen“ bedeutete, wurde für die dritte und vierte Generation zum ausschließlichen Einsatz für die Anerkennung der Wahrheit durch die Weltöffentlichkeit. Die Psychologie der Diaspora-ArmenierInnen beruht auf diesen beiden Strängen. Die Anerkennung wurde zum wichtigsten Faktor für den Erhalt der armenischen Identität. Die Hauptursache für die Zerstörung der armenischen Identität ist neben der Nicht-Anerkennung der Wahrheit durch die Weltöffentlichkeit zweifelsohne die Gleichgültigkeit auf türkischer Seite.

Dies hat zur Folge, dass das Trauma der ArmenierInnen nicht geheilt werden kann. Dieses psychisch ungesunde mentale Befinden führt hauptsächlich zur Zerstörung und Auszehrung der armenischen Identität.

Zur Analyse der armenischen Identität muss das Phänomen ‚Türke‘ in seiner wichtigen historischen und aktuellen Bedeutung angemessen berücksichtigt werden. ‚Der Türke‘ gewann nach jahrhundertlangem Zusammenleben die Bedeutung des Äußerer, durch ihn gewann die armenische Identität nationalistische Züge, die nach den Ereignissen um das Jahr 1915 ihren Höhepunkt erreichten. Noch heute ist ‚der Türke‘ für die armenische Identität bedeutend. Allerdings ist dies unter den Diaspora-ArmenierInnen und der armenischen Bevölkerung in Armenien und in der Türkei sehr unterschiedlich, entsprechend intensiv oder weniger intensiv wirken das erlebte Trauma und seine negativen Auswirkungen auf die armenische Identität: Die Armenier-

Innen in der Türkei leben mit den TürkInnen zusammen; für die armenische Bevölkerung in Armenien sind sie Nachbarn. Die Diaspora-ArmenierInnen dagegen haben keinerlei Kontakte zu ihnen. Die Distanz bzw. Nähe verstärkt oder vermindert maßgeblich die Intensität, mit der das erlebte Trauma wahrgenommen wird. Für Diaspora-ArmenierInnen ist ‚der Türke‘ ein sich nicht veränderndes Phänomen und gleichgesetzt mit ‚dem Türken‘ des Völkermordes im Jahr 1915, der Vermögenssteuer, des „wirtschaftlichen Völkermordes“ im Jahre 1942 und des Vandalismus am 6. und 7. September 1955. Der Aufbau einer Beziehung mit dem ‚Türken‘ ist für sie nach wie vor unmöglich.

Für die armenische Bevölkerung sind die Türken die gleichen wie damals. Allerdings sind sie nun auch Nachbarn, mit denen man so oder so zusammenleben muss. Die ArmenierInnen in der Türkei dagegen leben tatsächlich mit diesem ‚Türken‘ zusammen. Für Diaspora-ArmenierInnen bedeutet das Phänomen ‚Türke‘ etwas Negatives, das zu Wutausbrüchen führt; für die armenische Bevölkerung in der Türkei ist ‚der Türke‘ ein Mittel, um das Trauma abzumildern.

Historisch betrachtet gibt es keine Unterschiede zwischen den Beziehungen der Diaspora-ArmenierInnen zu den TürkInnen und denen der armenischen Bevölkerung in der Türkei zu den TürkInnen. Beide Gruppen sind von den Ereignissen um das Jahr 1915 betroffen. Die zweite Gruppe hat es jedoch geschafft, ein Zusammenleben bzw. einen Dialog mit der türkischen Bevölkerung aufzubauen, konnte sich in gewissem Maße von dem erlebten Trauma erholen und die Beziehungen mit den TürkInnen normalisieren. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den ArmenierInnen aus Armenien zu beobachten, die zum Arbeiten in die Türkei kommen.

Anhand der Gedenkfeiern zum 24. April kann die sehr unterschiedliche Wahrnehmung des Traumas bei den einzelnen Gruppen sehr genau beobachtet werden: Während sich die Gedenkfeierlichkeiten in der Diaspora mit Fahnenverbrennungen zu Propaganda-Demonstrationen gegen die Türkei entwickeln, nimmt die Bevölkerung in Armenien samt Kindern und Jugendlichen still und würdevoll an der Kranzniederlegung am Mahnmal des Völkermordes teil. Die ArmenierInnen in der Türkei haben weder Mahnmale noch die Kraft, um dem 24. April zu gedenken. In dieser Hinsicht sind sie die am meisten benachteiligte Gruppe unter den ArmenierInnen.

DAS VERSPIELTE ERBE: HISTORISCHE BEZIEHUNGEN

Die Beziehungen zwischen den armenischen und türkischen Bevölkerungen mit ihren wechselseitigen Auswirkungen waren nie einfach. Die jahrhundertlangen Beziehungen zwischen beiden Völkern waren immer derart intensiv und haben die jeweiligen Identitäten derart geprägt, dass die Verhaltensformen von beiden kaum zu unterscheiden waren. Es ist daher heute nicht verwunderlich, dass das Zerstören der beiderseitigen Beziehungen nach einem derart engen Zusammenleben beider Völker als ein Verrat eingestuft wird. Die türkische Seite sieht sich von einem ehemals „treuen Volk“ verraten, für die armenische Seite bedeuten die Ereignisse um das Jahr 1915 nicht nur die Massakrierung eines ganzen Volkes sondern auch den Verrat an den jahrhundertlangen Beziehungen.

Es ist eine Tatsache, dass in Anatolien immer unterschiedliche Kulturen zusammenlebten. Dies verlief jedoch nicht immer friedlich und erfolgreich. Die Behauptung, früher hätten wir alle

friedlich zusammengelebt, ist nichts anderes als eine sentimentale Nostalgie und entspricht nicht ganz der Wirklichkeit. Im ‚Millet System‘ des Osmanischen Reiches glich das Leben und die Beziehungen der muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen einem ‚Abteil-System‘. Die Abteile existierten relativ unabhängig voneinander. Einerseits erlaubte das System den Millet, ihr kulturelles, soziales Leben sowie das Bildungs- und Rechtswesen nach eigenen Traditionen zu gestalten. Andererseits aber waren die gegenseitigen Beziehungen und das öffentliche Leben ungerecht und hierarchisch strukturiert. Alle Bevölkerungsgruppen schienen trotz der unterschiedlichen Lebensqualitäten zufrieden zu sein. Was von heute aus betrachtet als ungerechte und privilegierte Praktiken erscheint, wurde damals geduldet. Zum Beispiel genoss die muslimische Bevölkerung im öffentlichen Leben weitgehende Privilegien. Aus den Ausführungen der Historiker wissen wir, dass Nichtmuslime nicht reiten, nicht auf dem Gehsteig gehen, sich nicht wie die Muslime anziehen durften, dass die Erker der von Nichtmuslimen bewohnten Häuser nicht breiter als die von Muslimen sein durften, und dass die Minarette höher als die Glockentürme der Kirchen sein mussten. Diese und andere Ungleichheiten im öffentlichen Leben wurden jedoch dem verhältnismäßig freieren Dasein im ‚Millet-System‘ zuliebe erduldet, denn diese Ungleichheiten lösten zwischen den Millets keine Konflikte aus. Weder in den armenischen noch in den türkischen Geschichtsquellen werden von der Fatih-Zeit bis zur Hälfte des 17. Jahrhunderts Konflikte erwähnt, die Hinweise auf das Nichtfunktionieren des ‚Millet-Systems‘ liefern könnten. In diesem Zeitraum gab es u.a. dank der friedlichen Beziehung zwischen dem Sultan und dem Patriarchen tatsächlich keine Ereignisse, die auf Konflikte hinweisen könnten. Mit dem ‚Millet-System‘ vor der Tanzimat-Periode waren also alle zufrieden, auch wenn die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen nicht unbedingt hinterfragt werden konnten.

Die Französische Revolution lag noch weit entfernt. Progressive Werte wie ‚Gleichheit‘, ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Freiheit‘ waren noch nicht im Umlauf. Für das Volk machte es keinen großen Unterschied, Untertan des Patriarchen oder des Sultans zu sein. Dieses von Mehmet II. geschaffene friedliche ‚Millet‘-System dauerte einige Jahrhunderte bis zum Beginn der Tanzimat-Periode. Die in der Tanzimat-Periode eingeführten Reformen riefen in jedem ‚Millet‘ strukturelle Veränderungen hervor. Nun waren weder der Sultan noch der Patriarch alleine Herrscher; der Sultan hatte sein „konstitutionelles Parlament“, der Patriarch „das Parlament des armenischen Volkes“. Mit dem Tanzimat-Erlass trat die erste Verfassung in Kraft. Für die armenische Bevölkerung bedeutete ‚die Verordnung des Armenischen Volkes‘ auch eine erste Verfassung. Auch wenn der Sultan und der Patriarch noch immer an der Spitze der Hierarchie standen, wurde die Macht vertikal aufgeteilt. Doch der Sultan, der allmählich seine absolute Machtstellung verlor, konnte weder die eigene Existenz noch die Rechte der Bevölkerungsgruppen in den diversen ‚Abteilungen‘ schützen. Mit der Tanzimat-Periode ging auch das Gefühl der Zufriedenheit in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu Ende. Das ‚Millet‘-System löste sich langsam auf, und ein Differenzierungsprozess setzte ein, der seinen Höhepunkt in den Widerständen und Unabhängigkeitserklärungen diverser Völker im Osmanischen Reich erreichte. ArmenierInnen waren hierbei die letzten der Bevölkerungsgruppen, die nach Unabhängigkeit strebten. Das Reich wurde geschwächt, die Beziehungen zwischen den ‚Millets‘

und ihre Sicherheit waren nicht mehr unter seiner Kontrolle. Tatsächlich waren die letzten 200 Jahre des Osmanischen Reiches die schwerste Zeit für die nicht-muslimischen Minderheiten. Oft beschwerten sie sich beim Sultan über ungerechte Steuerabgaben, Überfälle in den Dörfern und Entführungen von Frauen. Doch die Herrschaft war nicht mehr in der Lage, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. So begannen andere Länder die Aufgabe zu übernehmen, indem sie sich für die Rechte der nicht-muslimischen Bevölkerungsgruppen einsetzten.

Ihren Anfang nahm die ‚Armenische Frage‘ mit der Anerkennung ihrer Beschwerden im ‚Berliner Abkommen‘ und dessen Reformversprechen. Für die ‚treue Nation‘, die ihr Vertrauen in den osmanischen Sultan verloren hatte und ihre Sicherheit in der Intervention anderer Staaten suchte, begann nun ein verkrampfter Prozess. Und schließlich kam es zu dem, was die armenische Welt heute als ‚Völkermord‘, die offizielle Türkei jedoch als ‚Umsiedlung‘ bezeichnet. Die Mehrheit der mehr als zwei Millionen ArmenierInnen in Anatolien wurde gemäß dem Umsiedlungsgesetz von 1915 in organisierten oder spontanen Ausschreitungen vernichtet. Die Mehrheit wurde ermordet, die Überlebenden wurden entweder in andere Länder zwangsumgesiedelt oder gezwungen, zum Islam zu Konvertieren und wurden dadurch zu lebendigen Toten. Die offizielle türkische Auffassung, welche die Umsiedlung nur aus den Gebieten Erzurum und Van hervorhebt und darauf besteht, dass nur diejenigen ArmenierInnen von der Umsiedlung betroffen waren, die Russland im Krieg unterstützt hätten, entspricht nicht der Wirklichkeit.

ArmenierInnen wurden aus allen Gebieten Anatoliens deportiert. Die Behauptung, Istanbuler ArmenierInnen seien nicht von der Umsiedlung betroffen gewesen, kann man auch nicht als wahr einstufen. Am 24. April, also vor der Deportation aus Anatolien im Mai des gleichen Jahres, wurde die führende armenische Elite und Intellektuelle in einer Nachtoperation festgenommen, vertrieben und vernichtet. Dass Istanbul von den Maideportationen unberührt blieb, verdankte die Stadt den vielen hier angesiedelten ausländischen Botschaften und Konsulaten. Um ein deutliches Zeichen für humanitäre Verantwortung zu setzen, müssen wir in aller Klarheit folgendes zum Ausdruck bringen: Die ArmenierInnen wurden in den Wirren des Ersten Weltkrieges aus ihrer Heimat zwangsumgesiedelt, der Auffassung der armenischen Historiker zufolge „aus Anatolien vertrieben und entwurzelt.“

Laut dem Vertrag von Lausanne blieben in der jungen Republik Türkei insgesamt 340.000 ArmenierInnen zurück, davon 170.000 in Anatolien und 170.000 in Istanbul. Die ArmenierInnen waren nun keine Nation mehr, sondern nur eine ‚Bevölkerungsgruppe‘. Der Lausanner Vertrag regelte in den Paragraphen 37 bis 45 die Rechte der aus dem Osmanischen Reich verbliebenen Minderheiten. In diesem Sinne galt der Vertrag als die Verfassung der Minderheitengruppen und schrieb das Recht auf Minderheitenschutz fest. Im Gegensatz zur vorherrschenden Auffassung räumte der Vertrag von Lausanne den Minderheiten keine Privilegien ein. Er verschaffte ihnen nur die gleichen Rechte wie denen der Mehrheit. Doch auch der Vertrag von Lausanne konnte nach der Gründung der Republik den ständigen Rückgang der Zahl der im Land lebenden ArmenierInnen nicht stoppen, da die Republik ihre Pflichten aus dem Vertrag nicht erfüllte.

Tatsache ist, dass die ArmenierInnen so wie alle anderen Minderheitengruppen während der gesamten Geschichte der Republik als ein ‚Sicherheitsproblem‘ des Staates betrachtet wurden.

Die Gesinnung, die in Sätzen wie „ du bist anders, du hast von Geburt an Unrecht; du kannst hier leben, aber du darfst nichts fordern; du wirst nicht daran arbeiten, ein besseres Leben zu führen oder dich zu vermehren. So wie jetzt kannst du weiterleben, aber du darfst dich nicht vermehren“ zum Ausdruck kam, förderte die Diskriminierung der armenischen Bevölkerung. Die Minderheiten als ein Sicherheitsproblem aufzufassen, wurde zu einer regierungenübergreifenden Politik des Staates. Die ‚unsichtbaren‘ Kräfte im Staat hatten es festgeschrieben: Ein Ansteigen der Anzahl von Angehörigen von Minderheiten musste entschieden verhindert werden. Immer und überall sollte dieses Ziel verfolgt werden. Dieses Ziel wurde bis heute tatsächlich erreicht: Die Anzahl der armenischen Bevölkerung, die zur Zeit der neuen Republik 300.000 betrug, reduzierte sich auf 50.000- 60.000. Ein Volk, das seit viertausend Jahren auf diesem Gebiet lebt, wurde zu einer kleinen religiösen Minderheit mit nur 40 Kirchen, 17 Schulen, 50 Stiftungen und etwa 20 Vereinen.

Die Minderheit entspricht weder der im Lausanner Vertrag noch in der Verfassung der Türkischen Republik verankerten Minderheitendefinition.

Den Prozess der Verringerung der Zahl der ArmenierInnen könnte man mit einem kaputten Wasserhahn vergleichen, aus dem manchmal Wasser fließt, der aber ansonsten stets nur tröpfelt. Zu solch zahlenmäßigem Rückgang kam es mit der Einführung der Vermögenssteuer im Jahr 1942, während der Ereignisse vom 6./7. September 1955 und anlässlich des Bevölkerungsaustausches im Jahr 1964. Auch unmittelbar vor und nach den Militärputschen, zu Zeiten der Regierung der ‚Nationalen Front‘ und in Phasen politischer Spannung etwa aufgrund der Asala-, Berg-Karabakh- und Kurdenfrage begann das Wasser zu fließen und dies bedeutete für die Minderheiten stets Unsicherheit. Der Wasserhahn wurde nie repariert, das Tröpfeln des Wassers wurde zu einem Dauerzustand.

Das Endziel scheint nun erreicht zu sein. Einen offiziellen Beweis dafür liefert ein Beschluss des Verfassungsgerichtshofes: Das Buch ‚Genozid‘ von Vahakn Dadryan, das im Belge-Verlag erschien, wurde auf Beschluss des Staatssicherheitsgerichtes eingezogen und verboten. Das Verfassungsgericht hob diese Entscheidung später wieder mit der Begründung auf, es gäbe ohnehin nicht mehr viele ArmenierInnen im Land, die man durch das Buch aufhetzen könnte! Den besten Beweis dafür, dass die Minderheiten in der Türkei nur als ein ‚Sicherheitsproblem‘ betrachtet werden, liefern die Schulbücher. Anstatt in Fächern wie Sozialkunde, Staatsbürgerkunde, Lebenskunde oder Umwelt die Minderheiten als Reichtum für das Land darzustellen, werden sie einfach ignoriert. In keinem der Bücher kommen die Minderheiten überhaupt vor.

Auch in den Schulbüchern wird ‚das Andere‘ verschwiegen. In den ersten Beispielsätzen wirft ‚Ali‘ den Ball zu „Ayşe“ oder „Ayşe“ den Ball zu „Ali“. Niemals wird der Ball „Hagop“, „Dela“ oder „Jannis“ zugeworfen. Sie existieren weder auf der Straße, noch in anderen Bereichen des Lebens. Das einzige Schulbuch, in dem die Minderheiten vorkommen, ist das Buch der „Nationalen Sicherheitskunde“.

In diesem Buch, das in einem von Militärlehrern abgehaltenen Fach durchgenommen wird, werden die Minderheiten im Kapitel „Intrigen gegen die Türkei“ unter dem Titel „Separatis-

tische Bestrebungen“ wie folgt erwähnt: „Unabhängig von ihrer Rasse und Religionszugehörigkeit (GriechInnen, ArmenierInnen usw...) sind alle türkischen Staatsbürger vor dem Gesetz gleich. Dies wird in den Verfassungen 1924, 1961 und 1982 sichergestellt. Seit Jahrhunderten gilt für eine Mehrheit von 95 % das gleiche Schicksal, sie wachsen mit gleicher Kultur und mit gleichem Ziel auf...“ Dieser Paragraph zeigt uns, dass diejenigen, die nicht zu dieser Mehrheit gehören, ein anderes Schicksal erwartet. Während im ersten Satz des Paragraphen alle Staatsbürger gleichgestellt werden, werden sie im nächsten Satz von der Mehrheit ausgeschlossen. Dieser Paragraph legt die herrschende Meinung zu Minderheiten in der Türkei offen.

Die Minderheiten, die von der Mehrheit immer als eine Bedrohung der Sicherheit betrachtet werden, entwickeln mit der Zeit syndromartige Zukunftsängste. Dieser Gefühlszustand hat zur Folge, dass ein Teil der Angehörigen von Minderheiten aufgrund von Identitätskrisen das Land verlässt. Die Zurückgebliebenen versuchen sich psychisch beschädigt an die potenzielle Bedrohung zu gewöhnen. Das Leben des alten Ferman Dayı, der in Marmara Ereğlisi in seinem kleinen Sommerhaus lebt und im Garten Tomaten, Paprika, Mais und Sonnenblumen anbaut, ist eine unvergleichbare Geschichte dieses unsicheren und bedrohten Daseins:

„Ich pflanze keine Bäume mehr. Mein ganzes Leben lang habe ich überall, wo ich gelebt habe, Bäume gepflanzt. Aber die Früchte habe nicht ich, sondern andere gegessen. Ich pflanze nur noch das Gemüse, das ich selbst essen kann.“ Die Psyche von Bürgern, die vom Staat immer als Bedrohung der Sicherheit angesehen werden, zeigt uns, welche katastrophalen Dimensionen ihre Lage angenommen hat.

FUNDAMENT DER TÜRKISCHEN NATIONALIDENTITÄT: ARMENIER-PARANOIA

„Der Staat im Staat“ kann nun die Früchte seiner Leistung, aus den Minderheiten Staatsfeinde zu machen, genießen: Minderheiten wurden als „das Andere“, ja sogar „das rechtlos Andere“ im Kollektivbewusstsein der Gesellschaft verankert. Besonders die armenische Bevölkerung wurde durch das im Unterbewusstsein der Gesellschaft verankerte, tabuisierte und hässliche ArmenierInnen-Bild zur „Minderheit unter Minderheiten“ gemacht und zum kollektiven Feindbild stigmatisiert. Einen guten Beweis dafür liefern die jahrelangen Bemühungen, hinter jeder Bedrohung für die Türkei Intrigen der ArmenierInnen zu suchen und die Bevölkerung hiervon zu überzeugen. Hinter staatsfeindlichen linken Gruppierungen oder hinter den Kurden standen immer die ArmenierInnen als Verräter. Auch die Morde der Hizbullah wurden ArmenierInnen in die Schuhe geschoben. Von dem Hizbullah-Ideologen Sülhattin Üruk wurde behauptet, er sei ein bekehrter Armenier. Bei all diesen Beispielen ist der Armenier derjenige, dem die Rechnung präsentiert wird.

Dafür standen die Medien „dem Staat im Staat“ selbstverständlich beiseite. Für sie war es nicht schwierig, das Wort „Armenier“ zum Schimpfwort zu machen. Auch Schimpfwörter wie „Bastard- Armenier“ oder „Armenierbrut“ wurden allmählich salonfähig.

Ohne Zweifel steckt hinter dieser Aggression gegen ArmenierInnen eine ernstzunehmende Paranoia, die ihre Wurzeln in der Geschichte hat. Zu den Ursachen dieser Paranoia gehört einmal

die Angst vor dem Verlust des Territoriums, die sich in der oft gestellten Behauptung, ArmenierInnen würden territoriale Ansprüche stellen, kristallisiert. Mit der Stagnationsphase des Osmanischen Reiches begannen die Unabhängigkeitsbewegungen im Reich und als Folge davon die ersten Territorialverluste. Das Reich, das seine mächtige Stellung aus dem Status eines Vielvölkerstaates bezog, konnte sich von dieser Entwicklung nicht mehr erholen. Dem Zerfall im Balkan folgten die Unabhängigkeitserklärungen im arabischen Raum. Das Reich hatte kaum noch Macht und musste sich auf ein kleines Gebiet wie Anatolien beschränken.

Eine genauso wichtige Folge des Zerfalls des Osmanischen Reiches war die Einwanderung der türkisch-muslimischen Bevölkerung aus den verlorenen Gebieten nach Anatolien, was die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung und die lange bestehende Ordnung des Vielvölkerstaates weitgehend veränderte und erste Unruhen auch in den Provinzen des Reiches herbeiführte.

ArmenierInnen lebten zu dieser Zeit als „letzte nichtmuslimische Bevölkerungsgruppe“ des Reiches noch in Anatolien. Zweifelsohne wurden auch sie, die als die älteste ansässige Bevölkerungsgruppe als Motor Anatoliens fungierten, von diesen Entwicklungen stark beeinflusst. Historikern zufolge gehören ArmenierInnen zu den Völkern, die sehr spät ein „nationales Erwachen“ erlebt haben, aber dennoch die größten Schäden erlitten. Die Behauptung „ArmenierInnen hätten für alle anderen Bevölkerungsgruppen, die sich vom Reich abgelöst haben, büßen müssen“, ist sicher keine Übertreibung. ArmenierInnen waren nicht nach Anatolien eingewandert. Manchen Geschichtsquellen zufolge lebten sie schon seit über 4000 Jahren in diesem Gebiet, waren ansässig und hatten eine große Rolle bei der Weiterentwicklung der Kulturlandschaft in Anatolien gespielt, indem sie hier eine reiche Zivilisation schufen. Sie waren Handwerker und Künstler. Sie kamen aus dem Osten, aber sie fühlten sich zugleich der westlichen Welt zugehörig. Mit diesen Eigenschaften bildeten sie das Fundament und den Motor Anatoliens. In diesem Sinne sollte man sie nicht immer im Zusammenhang mit Gebietsansprüchen erwähnen, sondern zu verstehen versuchen, dass sie immer in dieser Region waren. Noch heute wird die Liebe und Verbundenheit der ArmenierInnen mit dem Berg Ararat als ein Gebietsanspruch gelesen und verstanden. Man sollte aber endlich verstehen, dass der Berg Ararat für ArmenierInnen eine symbolische Bedeutung hat. Der Berg Ararat symbolisiert für ArmenierInnen keine Gebietsansprüche sondern die Sehnsucht eines Volkes nach einer territorialen Integrität. Hierin nur die Sehnsucht nach einem Berg oder nach einem Gebiet zu verstehen, ist falsch und unvollkommen. Der Schatten des Berges Ararat symbolisiert die 4000 Jahre lange Existenz des armenischen Volkes in dieser Region. Er ist der Gipfel eines endlosen Daseins seit Noah. Er ist nicht nur Vergangenheit, sondern auch Zukunft. Eben deshalb hängt heute an den Wänden aller armenischen Schulen und Kirchen, in den Clubs und Vereinen, ja in jeder armenischen Wohnung in der Diaspora ein Bild oder ein Emblem vom Berg Ararat.

Viele armenische Lieder und Gedichte sind erfüllt von dem Echo des Berges Ararat. Das Bild vom Berg Ararat, mit dem heute jeder Mensch in Eriwan aufwacht, ist kein Bild aus der Ferne. Es ist ein Bild der Nähe zur Heimat, das auch die ArmenierInnen, die über fünf Kontinente verstreut sind, an ihren Wänden aufgehängt haben. All dies ist ein weiterer Hinweis dafür, dass die

paranoiden Ängste der Türkei, das armenische Volk hätte Gebietsansprüche an die Türkei, nicht realistisch sind. Hinzu kommt, dass die ArmenierInnen keine homogenen Forderungen aufstellen. Für ArmenierInnen könnte man allenfalls von einer Sehnsucht nach den Gebieten, in denen sie historisch verwurzelt sind, sprechen, nicht aber von Gebietsansprüchen. Dies brachte vor allem der armenische Staatspräsident Robert Kotscharian mehrmals zum Ausdruck. Für Diaspora-ArmenierInnen ist selbst die Rückkehr nach Armenien nur Utopie, da sie sich in den Ländern, in denen sie wohnen, für immer niedergelassen haben. Nur eine schwindend geringe Minderheit besteht auf Gebietsansprüchen. Derartige Gruppen findet man überall, auch in der Türkei. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch das Verhältnis zwischen Macht und Gebietsansprüchen. Die Macht des Staates Armenien bzw. die Machtverhältnisse zwischen Armenien und der Türkei bedürfen keiner weiteren Erklärung.

Ein letztes Wort: Die paranoiden Ängste der Türkei vor Gebietsverlust sind nicht real. Es ist eine konstruierte, imaginäre Angst, mit der Politik gemacht wird. Diese Paranoia wird auch von der Furcht vor Entschädigungsforderungen genährt, der ein kollektives Schuldgefühl innewohnt. Das verschwiegene Schuldgefühl basiert darauf, dass die Zurückgebliebenen das Vermögen und Eigentum der Gegangenen beschlagnahmten. Viele Historiker gehen heute davon aus, dass es kein Zufall ist, dass die Kuvay-ı Milliye (aktive kemalistische Kräfte) gerade in den Gebieten gestärkt wurden, aus denen ArmenierInnen vertrieben wurden. Die Angst, die ArmenierInnen könnten eines Tages wieder zurückkommen, ist noch heute präsent und wird immer noch bewusst reproduziert. Die gleiche Angst zeigte sich auch nach Gründung der türkischen Republik in den Bestrebungen, „die Spuren des armenischen Volkes auszulöschen.“ Man wollte tatsächlich alle Beweise auslöschen. Dennoch plagten sie Gewissensbisse, wenn sie sich an die ausgelöschten Beweise und Spuren erinnerten. Mag sein, dass die Paranoia der Türkei im Hinblick auf mögliche Entschädigungsforderungen und Territorialverluste auf berechtigten Sorgen beruhen.

Aber die Vorgehensweise ist sicher nicht die richtige: Die Türkei betrachtete die gesamte Problematik als ausschließlich juristische Frage und glaubte, diese mit juristischen Maßnahmen und Gesetzen regeln zu können, die sie in der damaligen chaotischen Zeit erließ. Die Gesetze und Verordnungen galten rückwirkend und hatten nur zeitlich begrenzte Gültigkeit. Dies bedeutete den endgültigen Verlust der Rechte und Ansprüche der armenischen Bevölkerung. Auch wenn Vorsichtsmaßnahmen dieser Art nach internationalem Recht juristisch fraglich sind und der Rechtsweg für die Geschädigten sicher nicht erschöpft ist, sollte hier statt der juristischen eine ethische Herangehensweise in den Vordergrund gestellt werden, auf die ich im Kapitel „Was ist zu tun?“ ausführlicher eingehen werde.

Hier möchte ich noch einige Schlusssätze zur „Entschädigungsparanoia“ anfügen: Es gibt vernünftige und ethisch vertretbare Lösungen: Durch von der Türkei und Armenien gemeinsam entwickelte Projekte könnten die Ansprüche auf Entschädigung oder die „Entschädigungsparanoia“ schrittweise behoben werden. Das Trauma auf der einen Seite und die Paranoia auf der anderen Seite können nicht mehr ignoriert werden.

Die „Armenier-Paranoia“ bildet das Fundament der türkischen Nationalidentität und ‚der Armenier‘ ist im tiefsten Unterbewusstsein des Türken ‚das Andere‘.

Die Beseitigung des angesprochenen Tabus oder der Paranoia, welche fundamentale Eckpunkte der Identität darstellen, führt zweifelsohne zu Krisen. Daher ist ein sensibles Vorgehen und ein Bemühen, die Identitäten zu wahren, erforderlich. Doch die jahrelange Anti-Türkei-Politik der ArmenierInnen ist weit von einer derartigen Sensibilität entfernt. Die Terroranschläge von ASALA, die weltweiten Bestrebungen der ArmenierInnen nach Anerkennung des Völkermordes und die Territorial- und Entschädigungsansprüche vereinzelter Gruppen dienen nicht der Genesung von der Paranoia sondern eher ihrer Steigerung.

AKTEURE...ROLLEN....OPTIONEN

Heute gibt es nationalistisch gesinnte Kreise, die es als störend empfinden, wenn die Worte ‚ArmenierIn‘ und ‚TürkIn‘ in einem Atemzug genannt werden. Diese Kreise blockieren das Schicksal der schweigenden Mehrheit, indem sie leider den herrschenden Ton in der Politik angeben. Mehrere Initiativen für einen armenisch-türkischen Dialog wurden durch diese Kreise auf beiden Seiten sabotiert. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, an dem man diese Kreise, die sich gegenseitig in ihrer Existenz unterstützen, stoppen muss. Auch wenn sie es vermeiden wollen, die Worte „ArmenierIn“ und „TürkIn“ in einem Atemzug zu verwenden, so müssen die beiden Nationen doch auf dem gleichen Erdteil weiter zusammenleben. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Die Bedingungen für den Aufbau einer normalisierten Beziehung zwischen beiden Nationen müssen auf jeden Fall wiederhergestellt werden. Eine Stunde Null in den Beziehungen ist nicht zu realisieren. Auch der gute Willen auf beiden Seiten allein reicht nicht aus, da mehrere Akteure und Faktoren im Spiel sind. Noch sind die gleichen Akteure wie Mitte des 19. Jahrhunderts am Werk, als die ‚Armenierfrage‘ zum ersten Mal formuliert wurde. Neue Akteure kamen zusätzlich ins Spiel, die zum Teil Hauptrollen übernommen haben.

Die Republik Armenien konnte nach dem Austritt aus der UdSSR aufgrund der inneren Unruhen und den historischen Konflikten mit den Nachbarstaaten keine Stabilität erlangen. Der bis heute nicht gelöste Konflikt um die Enklave Karabakh, der unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit aufflammte, nahm den jungen unabhängigen Staat als Geisel. Die Abgrenzung von Aserbaidschan im Osten und von der Türkei im Westen nahm Eriwan den Atem. Ebenso enttäuschten die Unruhen im Nachbarstaat Georgien die geweckten Hoffnungen. Nur der „Mollah-Staat“ Iran ist das einzige Nachbarland, das der Republik Armenien einen Lebenskuss gönnte.

Eine vergleichende Analyse zeigt, dass Russland seine Rolle als wichtigster Akteur in der Region bewahrt hat. Auch die ‚westlichen Mächte‘ gewannen nach dem Zusammenbruch der UdSSR und im Zusammenhang mit dem Bestreben der unabhängigen Republiken nach stabilen Außenbeziehungen an Einfluss. So wie alle anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ist auch die Republik Armenien psychologisch, militärisch und wirtschaftlich von Russland abhängig und flirtet gleichzeitig mit den USA und der EU. Die USA, die im 19. Jahrhundert den schwächsten Akteur in der Region darstellte, ist heute der mächtigste Faktor. Auch die EU, die aus früher untereinander konkurrierenden Ländern besteht, ist mehr und mehr an der Region interessiert

und gewinnt dementsprechend an Einfluss. Zweifelsohne konzentrieren sich alle Großmächte auf die konfliktbeladene Beziehung zwischen Armenien und der Türkei. So versucht die USA in den letzten 15 Jahren offiziell und inoffiziell als Vermittler aufzutreten und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen. Bisher aber konnten sie keine Erfolge erzielen. Diese Aufgabe wurde nun beim letzten NATO-Gipfel in Istanbul der Europäischen Union übertragen. Die EU ist nun in eine Phase getreten, sich mit der gesamten Problematik vertraut zu machen, was aber aus unterschiedlichen Gründen den Aufbau von Beziehungen eher erschwert als befördert.

Denn in der Türkei wird das Interesse des Westens am Osten nach wie vor als eine Art Intervention wahrgenommen und sorgt in nationalistisch gesinnten Kreisen im Land für Unbehagen. Da dies von der westlichen Welt ignoriert wird, bestärkt dies wiederum die nationalistischen Kreise in ihrer Haltung, Europa würde sie erniedrigen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Anerkennung des Völkermordes an den ArmenierInnen durch das Europäische Parlament, den Französischen Senat, den Deutschen Bundestag und viele andere Landestage und Gemeinderäte: dies hat nicht zur Verminderung sondern eher zur Zunahme der bestehenden Spannungen beigetragen. Hinzu kommen die Aktivisten der armenischen Diaspora, die sich heute viel stärker engagieren als früher und dadurch eine entscheidende Rolle bei den Entwicklungen in letzter Zeit spielen. Die ArmenierInnen üben auf die Länder, in denen sie leben (USA, Russland und europäische Länder) Druck aus, und können diese daran hindern, konkrete positive Schritte in den armenisch-türkischen Beziehungen einzuleiten. Denn es liegt den Diaspora-ArmenierInnen nicht an einer Normalisierung der türkisch-armenischen Beziehungen. Ja sie behaupten sogar, diejenigen, denen eine Normalisierung der Beziehungen am Herzen liegt, würden „der armenischen Sache“ schaden. Mit ihrer Haltung beeinflussen sie nicht nur die Außenpolitik der Länder, in denen sie leben, sondern auch die Außenpolitik der Republik Armenien.

Um die Frage „was ist zu tun?“ zu beantworten, sollten als letzter Punkt die Entwicklungen in der Region kurz geschildert werden. Der Nahostkonflikt ist in der Region noch immer das schwerwiegendste Problem. Alle Kräfte sind darauf konzentriert, je nach eigenen Interessen den Krieg oder den Frieden in der Region zu unterstützen. Die Entwicklungen im Kaukasus sind heute in den Hintergrund getreten und werden mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen. An dieser Vernachlässigung hat auch Armenien seinen Anteil. Die Beziehungen sind derzeit von den Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei blockiert. Die EU bietet den jungen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien über ihre Nachbarschaft zur Türkei den Status „eines europäischen Staates über die Türkei“ und zwingt damit die Türkei und Armenien dazu, Beziehungen aufzunehmen. Wenn auch vernünftig und realisierbar, scheint die diesbezügliche politische Strategie der EU noch unzureichend zu sein. Auf die EU, die USA und Russland kommt eine größere Verantwortung zu.

Es wäre daher vernünftiger, die Frage „was ist zu tun?“ umzuformulieren und zu fragen, „wer hat was zu tun?“ und die Aufgabe eines jeden Akteurs zu bestimmen. Ohne Zweifel sind die Adressaten dieser Frage in erster Linie die Türkei und Armenien. Sie sind die Hauptakteure und können ihre Rolle niemandem anderen abtreten. Werden andere Akteure ins Spiel gebracht, so wird das Problem auch immer komplexer und unlösbarer. Die Türkei und Armenien sind daher

gezwungen, eine der Zeit angemessene Lösung zu finden. Und diese besteht in nichts anderem als im gegenseitigen Dialog. Nichts sollte heute einem Dialog im Weg stehen. Marginale Gruppen auf beiden Seiten bemühen sich seit langem, die Bedeutung eines solchen Dialogs herunterzuspielen. Oft wurde die Behauptung von armenischer Seite „Die 1,5 Millionen Toten ließen keinen Dialog zu“, in den Vordergrund gestellt und Befürworter eines Dialogs zum Verräter abgestempelt. Doch sie waren weder Leugner noch Verräter, sie strebten nur für die Zukunft nach einer Beziehung ohne Konflikte. Die Reaktion des französischen Intellektuellen Jean Claude Kebabciyan, einem Befürworter des Dialogs, ist diesbezüglich sehr lehrreich: „Natürlich kann man auf dem Tod keinen Dialog errichten! Niemand wäre auch für einen solchen Dialog. Was wir fordern, ist ein Dialog über das Leben, über den Tod. Was sonst außer einem Dialog könnte die Tabus beseitigen und das Schweigen brechen? Wie sonst könnten wir gemeinsam unsere Erinnerung von Neuem wiederbeleben? Wäre Druck von der Außenwelt eine Lösung? Alle TürkInnen und ArmenierInnen sollten dringend folgende Frage beantworten: Sind wir mit dem bis heute erreichten Stand zufrieden?“.

Ohne Zweifel sind die Gegner eines Dialogs nicht nur die marginalen, armenischen Kreise. Auch die offizielle Haltung der Türkei war und ist heute in manchen Punkten noch weit von der Bereitschaft zum Dialog entfernt. Der Dialog, vom dem heute häufig die Rede ist, ist ein Dialog mit Vorbehalten. Die Türkei spricht eigentlich nicht von Dialog sondern von „Abrechnung“, von einer Abrechnung mit der Geschichte.

Diese Haltung rückt aber den möglichen Dialog in den Hintergrund und birgt in dem Satz „Nach der Lösung des Problems kann ein Dialog aufgebaut werden“ ein Paradox in sich und ist ein Indiz dafür, nicht zu einem Dialog bereit zu sein.

Denn sicher ist, dass heute niemand seinen Standpunkt wechseln wird, weder diejenigen, welche „die Anerkennung des Völkermordes“ als Voraussetzung für einen Dialog fordern, noch diejenigen, die eine Beendigung der Bestrebungen nach Anerkennung des Genozids fordern. Es ist eine Tatsache, dass die ArmenierInnen die Geschehnisse als Völkermord wahrnehmen und diesen Standpunkt verinnerlicht haben. Dies ist nicht mehr rückgängig zu machen. Den Kreisen, die sagen „Lasst uns zuerst die Vergangenheit klären, dann können wir auch unsere Beziehung aufbauen“, ist sehr wohl bewusst, dass es aus armenischer Sicht nichts zu klären gibt. Sie wollen nur den Dialog verhindern. Die Bereitschaft zum Dialog ist aber für die Vergangenheitsbewältigung unvermeidlich. Genauso wichtig wie der Dialog selbst ist der Stil, in dem er geführt wird. Ein markantes Beispiel hierfür ist folgende Aussage des türkischen Außenministers Abdullah Gül: „Wenn das Problem einmal gelöst ist, sind wir sogar bereit, die in Armut lebenden 1,5 Millionen ArmenierInnen in unsere Obhut nehmen. Denn niemand will dort bleiben, alle wollen das Land verlassen.“ Diese Worte des Ministers sind Indiz für einen verantwortungslosen Stil in der offiziellen Rhetorik. Auch wenn es nicht seine Absicht war, wurden seine Worte von der armenischen Bevölkerung als Verletzung ihrer nationalen Würde empfunden. Gül scheint vergessen zu haben, dass die armenische Republik ein unabhängiger Staat ist und spricht in der überkommenen Rhetorik eines Feudalherren zu „seinen treuen Untertanen“.

Es ist richtig, dass die armenische Bevölkerung unter prekären wirtschaftlichen Bedingungen lebt, und dass viele ArmenierInnen im Ausland arbeiten, um für den Lebensunterhalt ihrer

Familien in der Heimat aufzukommen. Doch eine Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation ohne Bezug auf die Geschichte und die Tragödie des 4000 Jahre alten Volkes ist unvollständig und ungerecht. Die armenische Bevölkerung versucht mit Würde und Mühe die wirtschaftliche Krise zu überwinden, welche ihr gesamtes Leben prägt.

Weder bittet sie um Hilfe noch erwartet sie Schutz. Die wahre Bedeutung des Ausdruckes „nationale Ehre“ kommt in der würdevollen Haltung in solchen Situationen zum Ausdruck. Die Sprache des Dialogs mit einem anderen Land oder einer anderen Nation sollte nicht von oben herab sein. Die Würde der eigenen Nation steigt parallel mit dem Respekt vor der Würde anderer Nationen. Ausdrücke wie „in Obhut nehmen“, „Dialog“ oder „Unterstützung“ stellen unterschiedliche Diskurse dar. Die gleichgültige Rhetorik mancher Politiker und Unternehmer, die auf „Dialog“ beharren, verbirgt oft die politischen und wirtschaftlichen Interessen. Den Dialog als einen ersten Schritt für wirtschaftliche Vorteile zu betrachten, ist eine bekannte Annäherungsweise. Insbesondere in konfliktreichen Beziehungen wie zwischen der türkischen und der armenischen Bevölkerung sollte möglichst moralisches Handeln im Vordergrund stehen. An erste Stelle sollte die Normalisierung der armenisch-türkischen Beziehungen gestellt werden. Eine Vertrauensbasis, welche den Normalisierungsprozess zwischen zwei Völkern mit einem schweren historischen Erbe, das voll von gegenseitigem Misstrauen steckt, in die Wege leiten könnte, wäre auch Garant einer friedlichen Zukunft.

Tonangebend für den Normalisierungsprozess wird sicher der Beginn des einfachen Dialogs auf der Straße oder im „Kaffeehaus“ sein. Alltagsgespräche können eine Normalisierung und gegenseitige Neuentdeckung der beiden Bevölkerungen herbeiführen. Neben der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen oder der Öffnung der Grenzen sind Schritte für die Entwicklung eines zivilen Dialogs unumgänglich. Hier liegt eine große Aufgabe und Verantwortung vor den Intellektuellen und NGOs, der sie auf türkischer und auch auf armenischer Seite bis heute nicht gewachsen sind. Die Normalisierung der Beziehungen kann nicht den diplomatischen Beziehungen oder Nicht-Beziehungen beider Staaten überlassen werden. Dort, wo die diplomatischen Beziehungen zum Stocken kommen, muss die „Volksdiplomatie“ die Macht in die Hand nehmen.

DIE ERSTE ZAHL DES SCHLOSSES: DIE ÖFFNUNG DER GRENZE... DIE AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN

Zunächst ist zu betonen, dass die Mehrheit auf beiden Seiten die Öffnung der Grenze Türkei – Armenien befürwortet. Die Gegner der Grenzöffnung auf der türkischen Seite kommen aus den verschiedensten Lagern. Angefangen bei denjenigen, die Armenien als Staat nicht anerkennen, über diejenigen, die eine Grenzöffnung zu dieser Zeit als Trumpf betrachten, den der „Falke Kotscharian“ für seine Innenpolitik verwenden könnte, bis hin zu denjenigen, die meinen, dass man mit dem Nichtöffnen der Grenzen Armenien bei den Themen Berg Karabakh und Völkermord in eine Ecke drängen sollte.

Auf der armenischen Seite sind die Bedenken, der große Fisch frisst den kleinen, ausschlaggebend für eine Ablehnung der Grenzöffnung. So wird befürchtet, dass die Türkei mit ihren 70 Millionen Einwohnern und mit ihrem Geld und ihrer Wirtschaft Armenien überfluten könnte. Denn die

Wirtschaft Armeniens ist wesentlich schwächer als die der Türkei und man habe ohnehin nichts zu verkaufen. Eine Grenzöffnung würde daher im Grunde nur der Türkei Vorteile bringen. Andererseits ist sich eine große Mehrheit in beiden Ländern darin einig, dass die Grenzöffnung von Vorteil ist. Selbst Grenzprovinzen unter MHP-Verwaltung vertreten diese Ansicht.

Die Bevölkerung in den türkischen Grenzprovinzen forderte in verschiedenen, jährlich wiederholt durchgeführten Initiativen die Öffnung der Grenzen. Im Rahmen einer derartigen Initiative sammelte die Bevölkerung der Stadt Kars 50 000 Unterschriften und schickte diese ans türkische Parlament. Aber Tatsache ist, dass die Grenzen trotz mehrheitlicher Befürwortung nicht geöffnet werden. Armenien sagt, „Wir sind bedingungslos zur Aufnahme von Beziehungen bereit“. Die Türkei hingegen stellt drei Bedingungen: „Das Ende der Besetzung von Berg Karabakh“, „den Verzicht auf das Bestreben zur Anerkennung des Völkermordes“ und „die Inkraftsetzung des Kars-Abkommens“. Die Antwort auf die Frage „Welche dieser Bedingungen an erster Stelle steht“, ändert sich je nach Zeit und Agenda. Einmal heißt es, die „Inkraftsetzung des Kars-Abkommens“, ein anderes Mal Berg Karabakh, und wieder beim nächsten Mal ist es der Völkermord, der an erster Stelle steht.

Das Schloss, das die türkisch-armenischen Beziehungen verriegelt hält, ist aus einer Reihe von Gründen nicht so beschaffen, dass man es mit nur einem Schlüssel oder nur einer Umdrehung öffnen könnte. Es handelt sich hier um eine Geheimzahl, die nun heillos durcheinander geraten ist. Um sinnvoll zu sein, müssen der Schlüssel wie der Code so beschaffen sein, dass sich das Schloss nach und nach öffnen lässt. Jeder Teilschritt zur Öffnung des Schlosses oder des Codes sollte zur Lösung des Problems beitragen. Bei der Entzifferung der letzten Geheimzahlen sollte ‚die Geschichte‘ auf keinen Fall mehr eine Rolle spielen. Wer glaubt, dass man Beziehungen erst nach dem Lösen der geschichtlichen Fragen knüpfen könnte, irrt. Dies ist nichts als eine Verzögerungstaktik. Als erster Schritt sollten die diplomatischen Beziehungen aufgenommen und die Grenzen geöffnet werden. Ist dieser erste Schritt getan, wird die Lösung des Berg Karabakh Konfliktes und die Lösung der historischen Probleme und der Grenzstreitigkeiten leichter sein. Der erste Schritt zum Aufbau von Beziehungen liegt also nicht in der Überwindung der Geschichte sondern darin, Beziehungen zu knüpfen, welche diese Überwindung erst ermöglichen.

Auch das Problem um die Anerkennung des Kars-Abkommens kann nicht die erste Zahl des Geheim-Codes sein, den es zu lösen gilt. Einige politische Beobachter meinen, bei einem Fortschritt in diesem Thema würden sich die anderen Vorbedingungen von selbst erledigen, d.h. die Themen „Berg Karabakh“ und „Völkermord“ würden sich mit der Zeit und im Laufe der Dinge von selbst lösen. Wenn Armenien das Kars-Abkommen in Kraft setzt, so die Behauptung, dann sei dies die erste Zahl des Codes, mit der die verschlossene Tür geöffnet werden könne. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan brachte dieses Thema auf verschiedenen Reisen nach Europa und Russland zur Sprache. Er erklärte des öfteren „Wir wollen uns mit den Armeniern versöhnen, aber diese erkennen nicht einmal das Kars-Abkommen an. Wenn diese einen Schritt tun, machen wir zwei.“

Hierbei ist folgende Frage von Bedeutung: Warum benutzt Armenien, das stets seinen Wunsch bekräftigt, mit der Türkei Beziehungen zu knüpfen, diesen Schlüssel nicht? Wie ist der

Standpunkt Armeniens in dieser Frage? Um diesen zu verstehen, muss man sich den Inhalt des Abkommens ansehen. Das Kars-Abkommen, an dem auf der einen Seite die Regierung der Türkei und auf der anderen Seite die Regierungen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan als Mitglieder der UdSSR sowie Russland beteiligt waren, wurde am 13. Oktober 1921 unterzeichnet. Neben anderen wichtigen Punkten legt es die Ostgrenzen der heutigen Türkei fest. Mit der Forderung nach Anerkennung dieses Abkommens will die Türkei heute feststellen, ob Armenien die Grenze achtet. Mit anderen Worten versucht die Türkei zu verstehen, ob Armenien Territorialansprüche stellen wird oder nicht. Mit dieser Forderung wird also Armeniens wirkliche Absicht überprüft!

Aus armenischer Sicht bereitet das Beharren der Türkei „nichts anderes als unnötige Schwierigkeiten“. Kurz gesagt: „Der armenische Staat hat seit seiner Unabhängigkeit bis heute keinerlei Erklärung abgegeben, weder zur Zeit von Ter Petrosyan noch von Kotscharian, weder schriftlich noch mündlich, aus der hervorgehen könnte, dass Armenien das Kars-Abkommen nicht anerkenne. Dieses Abkommen wurde 1921 von den damaligen Regierungen unterzeichnet, 1922 von den Parlamenten der Vertragspartner verabschiedet und den jeweiligen Partnern unterbreitet. Angesichts der Tatsache, dass der Vertrag keinen Artikel über eine bestimmte Vertragsdauer und auch keine Bedingung enthält, wonach das Abkommen nach einer bestimmten Zeit erneut in Kraft gesetzt werden muss, ist die Forderung von einer der beiden Seiten sinnlos, das Abkommen erneut anzuerkennen. Darüber hinaus geht aus der de facto Situation klar hervor, dass die beteiligten Seiten ihre Grenzen gegenseitig anerkennen. Weder auf armenischer noch auf türkischer Seite ist von Grenzverletzungen die Rede. Dies beweist, dass die Abschnitte des Abkommens mit Bezug zu den Grenzziehungen eingehalten werden.“

Armenien stellt manche Paragraphen des Abkommens in Frage, die Grenzen wurden jedoch nicht zur Sprache gebracht. Armenien behauptet, dass eigentlich die türkische Seite das Abkommen nicht einhält. Als Argument nennt Armenien: „1922 fand in Tiflis nochmals eine Zusammenkunft zum Kars-Abkommen statt, auf der Entscheidungen zur Einhaltung und Umsetzung des Abkommens getroffen wurden. Demnach mussten beide Seiten Konsulate und Botschaften in den jeweiligen Ländern errichten, was auch umgesetzt wurde. Bis zum Jahre 1924 hatte die Türkei eine Botschaft in Eriwan und ein Konsulat in Gümrü. Armenien unterhielt im Gegenzug ebenfalls bis 1924 ein Konsulat in Kars, welches die Türkei im Jahr 1924 auflöste. Im Grunde genommen hat daher die Türkei das Kars-Abkommen verletzt.“

Ein anderer Paragraph des Abkommens besagt, dass die Türkei ihre Schienenwege frei geben und gegenseitige Handelsbeziehungen knüpfen muss. Es ist die Türkei, die dies heute nicht umsetzt. Aus diesem Grunde muss man vom Neuen fragen, wer verletzt das Kars-Abkommen.“

Die Türkei war eines der ersten Länder, das Armenien nach seiner Unabhängigkeit anerkannte. Sofort setzten bilaterale Unterredungen ein, um diese Anerkennung in diplomatische Beziehungen zu überführen. Zwar hatte auch damals die Türkei die Inkraftsetzung des Kars-Abkommens angesprochen, aber dieses Problem wurde mit einem Protokoll, auf das sich beide Seiten verständigten, gelöst. Zur Zeit der Unterzeichnung des Protokolls besetzten die Armenier Kelbecer, so dass die Türkei die Treffen einfror. Wegen des Berg Karabakh-Krieges rissen

daraufhin die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien vollständig ab, die Grenzen wurden geschlossen.

Was war das für ein Protokoll, auf das man sich geeinigt hatte? Beide Regierungen gaben bekannt, alle Verträge zu achten, die zuvor unterzeichnet und gegen die keine Einsprüche vorgebracht wurden. Sie sahen keine Notwendigkeit darin, den Namen einzelner Verträge gesondert aufzuführen. Das Kars-Abkommen war einer der Verträge, dessen Namen keine Erwähnung fand und somit auch kein Problem darstellte. Heute dagegen ist man leider weit von diesem Protokoll entfernt, das zwar unterbreitet aber nicht unterschrieben wurde. Es hat den Anschein, als eröffne die Türkei mit dieser Forderung, die einen empfindlichen Bereich in der armenischen Innenpolitik betrifft, eine Sackgasse und keine Lösung.

Man sollte sich zunächst diesen für Armenien heiklen Punkt genauer betrachten. Das Kars-Abkommen stellt aus der Sicht der ArmenierInnen eine Niederlage dar, ein Dokument das den Verlust an Territorium widerspiegelt und die Ausweglosigkeit belegt. Daher ist es durchaus verständlich, dass ein Teil der armenischen Welt diese Niederlage nicht akzeptiert und bei jeder Gelegenheit versucht, damit nationalistische Politik zu betreiben. Der Antrag eines Taşnak-Abgeordneten an eine parlamentarische Kommission, „in Form eines Gesetzes festzuhalten, dass Armenien das Kars-Abkommen nicht anerkennt“, wurde von der damaligen Regierung verhindert. Seit jenem Tag gehört es zur politischen Realität Armeniens, dass sich eine solche Politik nicht durchsetzen lässt. Von Anfang an wurden, sowohl unter Ter Petrosyan, der mit der Türkei langsam Beziehungen entwickelte, als auch in der etwas unnachgiebigeren Phase unter Kotscharian, Zeuge, wie derart sensible Themen mutig in die Hand genommen wurden und gleichzeitig innenpolitisch heftige Erschütterungen auslösten. Die Regierung von Levon Ter Petrosyan verlor ihre politische Zukunft, weil sie mit der Türkei lockere Beziehungen unterhielt. Eine Erklärung Kotscharians „Wir haben keine territoriale Forderungen an die Türkei“, löste im In- und Ausland einen Sturm an Empörung und Kritik aus.

Die Forderung der Türkei nach erneuter Bestätigung des Kars-Abkommens durch die armenische Regierung zu einer Zeit, in der Kotscharians Erklärung noch immer gültig ist, bedeutet nichts anderes als die armenische Regierung den nationalistischen Löwen zum Fraß vorzuwerfen. Zu Recht nimmt Armenien dies auch genau so wahr. Die Türkei gießt mit dem Beharren auf dieser Forderung Öl in das Feuer der Nationalisten und will damit die Lösung der Probleme ins Ungewisse vertagen.

Armenien ist sich dieses Dilemmas bewusst...Aber die Türkei schürt in diese Richtung weiter. Wären beide Seiten wirklich aufrichtig, so wäre dieses Problem nicht schwer zu überwinden. Allein der Wille dazu wäre ausreichend.

Was die Bedingung „Berg Karabakh“ anbelangt, so verriegelt diese das Schloss der Beziehungen ein Stück mehr und fügte im Jahr 1993 mit der der Nicht-Beziehung zwischen beiden Staaten eine neue Dimension hinzu. Der Berg Karabakh-Konflikt ist ein ernstes historisches Problem, das die Zukunft des Kaukasus bedroht und auf Basis gegenseitiger Vereinbarungen schnellstens gelöst werden muss. Im Rahmen einer solchen Lösung müssen die Unabhängigkeitsforderungen der Völker, Sicherheitsfragen, die Einhaltung anerkannter Rechte, die Rückführung der Flücht-

linge in ihre Heimat und ein Leben in Frieden garantiert werden. Internationale Bemühungen zur Lösung der Probleme, darunter an erster Stelle die Minsk-Gruppe der OSZE, dauern derzeit an. Es wäre wichtig, dass sich auch die Türkei an diesen Initiativen beteiligt.

Im Grunde genommen ist der Berg Karabakh-Konflikt ein Problem zwischen Aserbaidschan und Armenien. In dem Maße, in dem die Türkei Beziehungen zu Armenien entwickelt, kann sie bei der Lösung des Berg Karabakh-Problems eine produktive Rolle einnehmen und zwischen beiden Seiten vermittelnd auftreten.

Die Nicht-Beziehung ist ausschlaggebend dafür, dass Armenien die Vermittlungsangebote der Türkei als nicht aufrichtig wertet. In diesem Zusammenhang sollte folgenden Worten des armenischen Außenministers Vartan Oskanyan Aufmerksamkeit geschenkt werden: „Sicherlich gewinnt die Region durch das zunehmende Interesse der NATO und Europas an Bedeutung. Man muss auch erkennen, dass es die Bedeutung der Türkei steigert. Die Erweiterung des strategischen Gebietes der NATO in Richtung Kaukasus ist ohne die Türkei nicht möglich. Durch diese Randposition kommen auf die Türkei derzeit neue Verpflichtungen hinzu, da die Türkei in den Visionen Europas und der NATO ein Brückenland darstellt. Um ihren Aufgaben im Rahmen dieser neuen strategischen Visionen gerecht zu werden und um eine glaubhafte Vermittlerrolle übernehmen zu können, muss die Türkei mit allen drei Ländern gute Beziehungen unterhalten. Derzeit ist die Türkei hiervon weit entfernt. Wir müssen heute gemeinsam am Eröffnen von Kommunikationswegen arbeiten. Für die neue strategische Vision der NATO und Europas in Bezug auf diese Region ist der Aufbau von Kommunikationskanälen ein absolutes Muss. Im Rahmen dieser Vision müssen die Bahnverbindungen und die Grenze geöffnet werden. Wie soll ‚die Brücke Türkei‘ sonst zu einer tatsächlichen Brücke werden?“

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien sind dermaßen auf das Berg Karabakh -Problem konzentriert, dass allein schon zwei Sätze in einem Presseartikel über die Notwendigkeit zur Öffnung der türkisch-armenischen Grenze genügen, dass die Repräsentanten Aserbaidschans die Türkei sofort in ihre Schranken zu weisen versuchen. Sie schreiben Briefe und Dementis an Autoren, die dazu auffordern, Beziehungen mit Armenien zu knüpfen. Sie erinnern an die Besatzungspolitik Armeniens und fordern, dass Armenien zuerst auf diese Politik verzichtet und sich aus Nord-Karabakh, einem untrennbaren Teil Aserbaidschans, zurückzieht. Sie fordern, dass die Rückkehr der angeblich mehr als eine Million zählenden aserbaidschanischen Flüchtlinge in ihre Heimat gewährleistet werden soll. Aserbaidschan kalkuliert bei dieser Politik damit, Armenien gemeinsam mit der Türkei in die Zange zu nehmen, Armenien in eine ökonomische Sackgasse zu führen, bis sich das Land eines Tages dazu - gewollt oder ungewollt - genötigt sieht, Eingeständnisse im Berg Karabakh-Konflikt zu machen. Daher warnt Aserbaidschan die Türkei bei jeder Gelegenheit. Manches Mal nimmt diese Haltung sogar eine derartige Dimension an, dass Aserbaidschan die türkisch-aserbaidschanische Bruderschaft hinter sich lässt und die Türkei wirtschaftlich erpresst. Ein Beispiel ist die Baku-Ceyhan-Pipeline, welche die Türkei in eine handlungsunfähige Situation manövrieren sollte. Dass der verstorbene aserbaidschanische Staatspräsident Haydar Aliyev dies bestens kalkulierte, zeigt seine Formel „Entweder Grenze oder Pipeline“.

Dennoch hat aber die Embargopolitik nicht das erwünschte Ergebnis gebracht und reichte als Druckmittel nicht aus, um Armenien in die Knie zu zwingen. Vielleicht hat sie Armenien in eine etwas schwierigere wirtschaftliche Situation gebracht, vielleicht hat sie auch die Auswanderung beschleunigt. Aber sie konnte nicht verhindern, dass Armenien, wenn auch in begrenztem Maße, für die Bedürfnisse seines Landes aufkommt. Immer deutlicher wird, dass das Embargo sein Ziel nicht erreicht hat.

Für die Türkei heißt dies, dass die Politik, die eigenen Beziehungen zu Armenien von Aserbaidschan bestimmen zu lassen, zunehmend an Relevanz verliert. Vor allen Dingen ist auch zu beachten, dass es ein nicht entschuldbares Verhalten der Türkei darstellt, Mitglied der EU werden zu wollen und gleichzeitig die Grenzen zu einem Nachbarland geschlossen zu halten. Die Türkei hat bis heute eine Reihe von diplomatischen Problemen, Territorialfragen eingeschlossen, mit ihren Nachbarländern erlebt und dabei jedoch weder die Grenzen geschlossen noch die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Daher ist es unverständlich, dass die Türkei wegen des Berg Karabakh-Problems keine Beziehungen zu Armenien aufbaut.

Die Grenze zu Syrien wurde nicht geschlossen, obwohl das Problem um Hatay viele Jahre zwischen beiden Ländern bestand und Syrien Ansprüche auf das Territorium erhob. Der PKK-Führer Abdullah Öcalan und die PKK unterhielten über Jahre Lager in Syrien und dennoch wurden die Grenzen nicht geschlossen. Auch eine Reihe von Problemen mit Griechenland oder das reichlich komplizierte Zypern-Problem haben nicht dazu geführt, dass die Grenzen mit Griechenland geschlossen wurden. Dies zeigt deutlich, wie künstlich und sinnlos im Grunde die an Armenien gestellten Bedingungen sind.

Andererseits ist das Berg Karabakh-Problem heute an einem Punkt angelangt, der einer Lösung nahe ist.

Und es wird sicherlich gelöst werden. Endlich haben alle Seiten verstanden, dass diese lange anhaltende Ungelöstheit des Berg Karabakh-Problems die Stabilität der Länder des Kaukasus' behindert. Die Grenzprobleme behindern Investitionen und schaden allen Staaten dieser Region. Die Europäische Union ist mit ihrer neuen Vision für diese Region ein wichtiger Akteur, der die Lösung der Probleme beschleunigen wird. Schließlich ist die EU zu einem wichtigen Faktor geworden und hat mit ihrem Druck auf Aserbaidschan und insbesondere auf Armenien das Problem kurz vor eine Lösung gebracht. Die Regierungen gelangten schließlich zu der Einsicht, dass das Interesse Europas, eine gemeinsame Region aufzubauen, wichtiger ist als die Grenzprobleme. An einem solchen Punkt angelangt muss nun auch die Türkei ihre auf Aserbaidschan ausgerichtete Politik ändern. Die Zeit dazu ist mehr als reif.

DIE VERRIEGELTE GESCHICHTE AUFSCHLIEßEN UND ÜBERWINDEN

Die Auseinandersetzungen über die Geschichte, welche als das Haupthindernis in den türkisch-armenischen Beziehungen betrachtet wird, sind nicht von heute auf morgen dadurch zu lösen, dass sich die beiden Länder einigen. Vielmehr stehen sich derzeit die gegenseitigen Wahrnehmungen und Diskurse im Weg. Geschichte ist auch nicht nur ein Problem zwischen Staaten,

sondern auch ein Problem zwischen Völkern. Eine Lösung der Geschichte zwischen der Türkei und Armenien bedeutet daher nicht, dass damit auch die Geschichte zwischen den TürkInnen und ArmenierInnen gelöst wäre. Eine Einigung in dieser Frage zwischen den beiden Staaten wird politisch erzielt. Eine Einigung unter Völkern kann aber nicht durch politische Entscheidungen erzielt werden. Sie bedarf einer moralischen und ethischen Annäherung, die nur mit der Zeit erreicht werden kann. Die gegenseitige Wahrnehmung kann nur durch Dialog und durch Beziehungen verwirklicht werden, die noch aufzubauen sind. Diese führen zu einer wie auch immer gearteten Normalisierung. Im Verlauf dieser Beziehungen lösen sich auch die verinnerlichteten Wahrnehmungsmuster auf. Daher trifft das Gerede von der ‚Lösung der Geschichte‘ nicht den eigentlichen Kern des Problems. Geschichte ist nicht „lösbar“. Über Geschichte kann man sich allenfalls verständigen. Verständigung aber benötigt Zeit und Anstrengung; Verständigung ist nicht per Staatsentscheid zu erzielen.

Die Verantwortung dafür, dass die Geschichte zu einem unlösbaren Problem geworden ist, kann man eigentlich nicht einer Seite allein zuschieben, weder den Armeniern noch den Türken. Für dieses Verschlussensein tragen alle an dem Prozess beteiligten Akteure, ob Ankläger oder Zeuge, Verantwortung. Zudem wurde die Frage nach der Verantwortung stets verschoben bzw. man wollte sie nicht wahrnehmen. Auch andere Staaten zogen es jahrelang vor, das Geschehene zu verschweigen und nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sie haben die Möglichkeiten, sich mittels der eigenen Archive ein Bild zu machen, nicht genutzt.

Die unmittelbaren Akteure der Geschichte, Franzosen, Engländer, Deutsche, Österreicher und Amerikaner, sind mit ihrem zweideutigen Verhalten, das sie über 90 Jahre lang an den Tag legten, die augenfälligsten Beispiele für dieses Nicht-Wahrnehmen-Wollen. Erst hierdurch gewann das Problem der „Anerkennung des Völkermords an den ArmenierInnen“ in den letzten dreißig Jahren eine universale Dimension.

Die Gründe für die Unlösbarkeit der Geschichte sind sicherlich in allen Details einzeln zu untersuchen. Aber, was auch immer diese Gründe im einzelnen sein mögen, die Verriegelung der Geschichte muss in Angriff genommen und überwunden werden. Dies sind die grundlegendsten und herausragendsten Probleme, vor denen wir stehen. In der Türkei war bis vor kurzem diese Unlösbarkeit der Geschichte das Tabu schlechthin. Die Türkei schwankte von Anfang an hinsichtlich der Herausforderung, ‚sich der Geschichte zu stellen‘, insbesondere dem „Völkermord an den ArmenierInnen“. Wie sehr diese Schwankungen nach oben oder unten ausschlugen, bestimmte die Türkei im Grunde nie selbst. Sie begnügte sich damit, auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren. Wenn es die Umstände erforderten, so suchte sie nach den Verantwortlichen, verhaftete sie und richtete sie hin. Trat Entspannung ein, machte sie die gleichen Verantwortlichen zu Helden und verteilte die verbliebenen Güter der ArmenierInnen als Lohn an deren Verwandte und Bekannte. An einem Tag wurde das Thema zum Tabu erklärt und man versteckte sich in der Versenkung. Am anderen Tag, mit der Anerkennung des Völkermords von Seiten ausländischer Staaten, erhob man sich auf einsame Hügel. Zuerst tat man so, als hätte nie ein Armenier auf diesem Boden gelebt... Ohnehin hat auch den Dolmabahçe Palast nicht der Armenier Balyan, sondern der Italiener Bali erbaut. Es gab keine Stadt namens „Ani“... Die

Stadt hieß „Ani“. Nun gut, lasst uns sagen, sie haben gelebt, aber so viele waren es nun auch nicht... Und sie wurden immer weniger... Und weil dies so war, wurden sie freundlich zur Auswanderung aufgefordert... Danach, was konnte man schon tun, starben einige auf dem Weg durch Krankheiten... Auch sie waren Menschen... Bedauerlich, natürlich... Wenn auch einige starben, die Mehrheit von ihnen wurde ermordet... Und danach? Ein Danach gibt es nicht... Kurz, es gab ein paar Vorkommnisse, aber diese Dinge sind ohnehin... Eigentlich entbehren sie jeder Grundlage...

Seit einiger Zeit kann man eine interessante Entwicklung beobachten. Die Türkei hat begonnen, angesichts des „Völkermords an den ArmenierInnen“ in Stellung zu gehen. Erstes Anzeichen dieser Entwicklung ist die Initiative von US-Präsident Clinton, der im Jahr 2000 den „Gesetzesentwurf zum Völkermord an den ArmenierInnen“ im US-Kongress im letzten Moment verhinderte. Ankara hatte sich hierbei zum ersten Mal dafür entschieden, das Thema auf die Agenda zu setzen und sich nicht auf die Haltung „auch das werden wir überstehen“ zu verlegen. Auf der ersten Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates nach diesem Ereignis „diskutierte man sehr sensibel die erforderlichen Schritte, um zu verhindern, dass die Türkei noch einmal in eine solch schwierige Lage gerät.“ Danach ging man zur Gründung neuer Gremien über. Im Jahre 2001 wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Devlet Bahçeli das „Koordinierungsgremium zum Kampf gegen die so genannten Völkermordbehauptungen“ gegründet. Der Koordinator dieses Gremiums war der stellvertretende Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates. Mitglieder des Gremiums waren ein Abteilungsleiter des Generalstabes, Staatssekretäre aus dem Justiz-, Innen- und Außenministerium, aus dem Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrates und die Minister für Nationale Sicherheitspolitik und Außenpolitik, der Staatssekretär des Nationalen Nachrichtendienstes, der Generaldirektor des Staatsarchivs, der Vorsitzende der Gesellschaft für Türkische Geschichte und Vertreter des Türkei-Informationsbüros des Ministerialpräsidiums.

Im April 2002 konnten wir offiziellen Erklärungen Äußerungen entnehmen wie „Wir haben einen Fehler gemacht, darüber nicht zu unterrichten“ und „Schließlich haben wir uns daran erinnert“. Der Staat kündigte an, eine große Kampagne zu diesem Thema im Unterricht einzuleiten und in die Schul- und Lehrbücher aufzunehmen. Danach konnten wir Schritt für Schritt verfolgen, wie im Rahmen des Hochschulrates (YÖK) ein „Nationales Komitee für die Türkisch-Armenischen Beziehungen“ gegründet wurde, auf Universitätsebene „Forschungszentren für die Türkisch-Armenischen Beziehungen“ wie Pilze aus dem Boden schossen, wie im Fernsehen als Gegenpropaganda Programme und Dokumentarfilme ausgestrahlt und schließlich das Thema als Unterrichtseinheit in den Lehrplan von Grund- und Mittelschulen aufgenommen wurde. Einen „Aufsatzwettbewerb gegen die grundlosen armenischen Behauptungen“, den der Erziehungsminister Hüseyin Çelik als Runderlass an die Schulen schickte, zeigt nicht zuletzt, wie das größte Tabu einer Zeit nun als Thema eines Wettbewerbes unter Grundschulern seinen tiefen Fall erleidet. Er zeigt auch die Dimension der Ausweglosigkeit, in die man gelangt ist. Mit Geschichtsunterricht hat es nichts mehr zu tun, wenn jungen Menschen eine Sichtweise eines ungelösten historischen Problems als wissenschaftlich feststehende Tatsache aufoktroiert wird, dessen Diskussion selbst unter Historikern nicht abgeschlossen ist. An Schulen sollte man Wissen

jedoch nicht aufkotzieren, man sollte es hinterfragen lernen. Der Runderlass dient ausschließlich dazu, die Position, „die Behauptungen der Armenier seien ohne Grundlage“, in den Gehirnen der SchülerInnen festzusetzen. Mit dem Hinterfragen von Einstellungen der ArmenierInnen hat dies nichts zu tun. Die Kapitel in den Geschichtsbüchern für Grund- und Mittelschulen, die sich mit dem Armenierproblem beschäftigen, sind weit davon entfernt, objektiv historisches Wissen darzustellen. Sie dienen allesamt dem Anliegen, die türkische Jugend davor zu schützen, sich von den Behauptungen der Armenier zu schützen. Man versucht die jungen Geister mit fehlerhaften, falschen, verfälschten oder übertriebenen Informationen zu täuschen. Trotz alledem gibt es auch Grund zu Optimismus. Denn dieses „sinnlose“ Thema, das einst Tabu war, erhielt nun einen Sinn und wurde Gegenstand eines Aufsatzwettbewerbes an Grundschulen. Das Tabu hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Dies erinnert an einen unerfahrenen Reiter, der versucht, das Pferd, auf das er falsch herum aufgestiegen ist, in die rückwärtige Richtung zu peitschen. Er peitscht nach rückwärts, aber das Pferd rennt dennoch nach vorne. Diese Vorwärtsbewegung zeigt möglicherweise die Unausweichlichkeit der Entwicklung von der Leugnung hin zur Anerkennung. Die offizielle Position der Türkei zum Thema ‚Armenierproblem‘ schwankt derzeit zwischen „Beharren und Suchen“. Das „Beharren“ reflektiert die traditionelle Position des Staates, während das „Suchen“ für die neue Politik der Annäherung steht. Mit anderen Worten erlebt die Türkei in der Armenierfrage wie auch bei anderen Tabus einen unausweichlichen Konflikt zwischen Staat und Politik. Der Staat will mit seiner traditionellen und revisionsfeindlichen Haltung das Problem als unlösbar belassen, die Politik hingegen sucht nach einer Lösung. Folgende Frage ist hierbei bis heute offen: „Wer wird sich als stärker erweisen, der Status quo oder die Veränderung? Wohin wird die Türkei bezüglich des ‚Armenierproblems‘ gehen? Wird sie auf der Leugnung beharren, oder ist die Anerkennung unausweichlich?“

Um den Punkt zu verstehen, an den das ‚Armenierproblem‘ in der Türkei gekommen ist, reichen die alten Fotografien nicht mehr aus; ein neues Passfoto ist erforderlich. Folgende Konturen auf diesem Passfoto sollten scharf gestellt werden:

- Die größten Ausbrüche der offiziellen Position verlieren in Staat, Politik und im zivilen Bereich an Gültigkeit. Die Haltung, die Existenz von Armeniern auf diesem Territorium zu leugnen und ihre Spuren zu verwischen, ist – ob gewollt oder ungewollt – im Schwenden begriffen. Heute wird oder kann nicht mehr geleugnet werden, dass zu einer bestimmten Zeit in fast ganz Anatolien große armenische Siedlungen existierten. Die jahrzehntelange Verwüstung und vollkommene Zerstörung von Gebäuden und Gebetshäusern von ArmenierInnen, ihr Umbau zur anderweitigen Nutzung, das Ändern von Ortsnamen, das Säubern von lokalen Archiven und andere Maßnahmen, welche die Spuren verwischen sollten, haben nicht das gewünschte Ergebnis erbracht. An diesen Punkt angelangt, wendet man sich von einer Politik der Leugnung und des Nicht-Wahrhabenwollens der Ereignisse ab. Außer ein paar marginalen Uneinsichtigen hat sich heutzutage die große Mehrheit an die Tatsache gewöhnt, dass zu einer bestimmten Zeit auf diesem Boden auch ArmenierInnen lebten.
- Heute kann nicht mehr geleugnet werden, dass mit dem Jahr 1915 die Wurzeln der Armenier in Anatolien größtenteils ausgerissen wurden. Geleugnet werden kann auch nicht mehr, dass sich

dies nur auf Armenier aus den Frontgebieten im Krieg gegen Russland erstreckte und dass innerhalb weniger Jahre auch die ArmenierInnen außerhalb der Frontgebiete betroffen waren.

- Ebenso hat die Position an Gewicht verloren, dass „im Grunde nicht die Türken das Volk der Armenier zerstört, sondern eigentlich die Armenier einen Völkermord an den Türken begannen haben“. Noch immer wird diese Position von marginalen Teilen der Bevölkerung von Zeit zu Zeit in Umlauf gebracht wird. Aber sie musste bei der Mehrheit der Bevölkerung einer eher zögerlichen Haltung, es habe sich um ein „gegenseitiges Gemetzel“ gehandelt, weichen.
- Ebenso ist zu erkennen, dass sich ein allgemeines Verständnis darüber herausgebildet hat, dass man das ‚Armenierproblem‘ in seiner gesamten Dimension unvoreingenommen diskutieren muss.
- Das neue Verständnis hat dazu geführt, dass die Türkei das Problem als ihr eigenes wahrnimmt. Das neue Verständnis wurde durch externe und interne Faktoren gewissermaßen erzwungen. Als externer Faktor sind die weltweiten Bestrebungen der ArmenierInnen zu sehen, welche zunehmend Kopfschmerzen bereiten. Intern wirkt wiederum der Demokratisierungsprozess in der Türkei.
- Zwischen der offiziellen These in der Türkei, dem offiziellen Auftreten und der zivilen Haltung zum ‚Armenierproblem‘ sind ernsthafte Brüche zu erkennen. Wie in vielen anderen Bereichen wird auch in dieser Frage die offizielle These und Position nicht übernommen. Man sucht mit Unterstützung des zivilen Raumes nach neuen Wegen.

Man kann hinsichtlich des ‚Armenierproblems‘ möglicherweise nicht von einer Änderung in der offiziellen türkischen Anschauung oder von dem Beginn eines neuen Prozesses sprechen. Aber der Unterschied zwischen der offiziellen These (die Auffassung des Staates) und dem offiziellen Auftreten (die Haltung der Politik/Regierung) ist offenkundig geworden. Wie bei vielen anderen Themen ist auch an diesem Punkt zu erkennen, dass man anders denkt als Regierung oder Staat und nach neuen Alternativen sucht. Die offizielle Anschauung wird heute von der „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ (TTK) repräsentiert und verbreitet. Sie entspringt den Tiefen dieses Staates, beherrscht und beeinflusst verschiedene Winkel des bürokratischen Apparates und nimmt in der Gesellschaft für türkische Geschichte Gestalt an.

Die Regierung und politische Macht repräsentieren das „offizielle Auftreten“. Die offizielle These formte zwar immer das offizielle Auftreten und somit auch die derzeitige Regierung. Gegenwärtig aber besteht der Unterschied darin, dass die Regierung von Tayyip Erdoğan beim ‚Armenierproblem‘ wie auch bei anderen komplexen Problemen den Staat dadurch einzubinden versucht, dass sie die eigene Position sehr weit ausdehnt. Man bemüht sich derzeit folglich zwar keinen Widerspruch zur offiziellen These einzugehen, aber dennoch beim offiziellen Auftreten eine gewisse Abweichung zu demonstrieren.

Natürlich gibt es auch in der Türkei neben dem offiziellen auch einen freieren, den zivilen Raum. Dieser weitete sich in den letzten Jahren ständig aus. Im Gegensatz zur Schwerfälligkeit des offiziellen Raums, ist der zivile auch in der ‚Armenierfrage‘ außerordentlich mobil. Die Entwicklungen in diesem Bereich können zwar nicht ganz mit dem Wort ‚Veränderung‘ charakterisiert werden. Aber dennoch ist eine positive Bewegung zu erkennen. Der aktive zivile Bereich

dehnt sich derzeit ständig aus, engt die Sphäre der offiziellen Anschauung ein und greift sie dadurch an, indem sie die offizielle Seite an sich zu ziehen versucht. Es ist gewissermaßen erforderlich, die offizielle These von ihrer Kruste zu befreien, sie überall sichtbar zu machen und herauszufordern.

Die Entwicklungen in der Türkei in der ‚Armenierfrage‘ sind angesichts der unterschiedlichen Positionen in dem Dreieck offizielle Anschauung - offizielle Haltung – ziviler Bereich und der gegenseitigen Beeinflussungen von außen schwer nachzuvollziehen. Dies ist auch der Hauptgrund dafür, dass die ArmenierInnen in der Diaspora die Türkei derzeit nicht verstehen und die Entwicklungen nicht interpretieren können. Die Diaspora zeigt sich einerseits verwundert über die positiven Entwicklungen, die sich derzeit abzeichnen. Andererseits aber sieht sie die Kräfte, welche die positiven Entwicklungen aufhalten möchten. Die Diaspora ruht sich daher auf der Meinung aus, dass sich in der Türkei ohnehin nichts ändern wird. Aber in der Türkei regt sich viel, ob man dies nun wahrhaben will oder nicht. Natürlich gibt es hierbei innere Widersprüche, die ohne Analyse der beteiligten Seiten nicht zu begreifen sind.

Als Beispiel für die offizielle These steht eine Geschichtsschreibung, die nicht den Tatsachen entspricht, in den Grundschulbüchern Eingang gefunden hat und als Diktat vermittelt wird. Als Beispiel für die offizielle Haltung steht der Erziehungsminister, der gezwungen ist, diese Direktive umzusetzen und als Beispiel für die Zivilgesellschaft stehen eine Kampagne zur Änderung dieser Schulbücher, LehrerInnen, die sich weigern, in diesem Sinne zu unterrichten und nicht zuletzt wiederum der gleiche Erziehungsminister, der bekannt gab, dass er sich darum bemühen werde, die Schulbücher in einem positiven Sinne nochmals ändern zu lassen...Als Beispiel für die offizielle These steht ferner die Haltung der staatlichen Bürokratie „den unbegründeten Völkermordvorwürfen der ArmenierInnen den Kampf anzusagen“ und ihr Bemühen, die Methoden und Taktiken dieses „Kampfes“ anderen gesellschaftlichen, akademischen Institutionen aufzuzwingen. Als Beispiel für den zivilen Raum stehen wiederum unabhängige AkademikerInnen und Intellektuelle, die ihre Stimme gegen dieses Diktat erheben und die Existenz einer politischen Macht, die den Mut aufbringt, alle Beteiligten zu diesem Thema im Parlament anzuhören. All dieses sind typische Anzeichen für Wechselwirkungen in dem Dreieck offizielle These, offizielle Haltung und ziviler Bereich (Staat – Politik – Gesellschaft).

Es lassen sich aber immer auch Parallelen zwischen der Regierung unter Tayyip Erdoğan bzw. der offiziellen Haltung und der offiziellen These finden. Diese Parallele zeigt sich z.B. in der Äußerung „Überlassen wir die Geschichte den Historikern“ und in der Tatsache, dass die „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ hierbei in den Vordergrund rückt. Denn es ist klar, dass diese „Gesellschaft“ das Problem nicht neutralen Historikern und historischen Tatsachen überlassen wird. Dies zeigt sich an der wissenschaftlichen Inkompetenz der Studien, die angeblich von der „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ durchgeführt wurden. Beispielhaft ist der erste Band dieser umstrittenen Studien „Armenier, Vertreibung und Auswanderung“. Was die „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ im Grunde im Schilde führt, lässt sich an der Wirkung ablesen, welche die in dem Buch formulierten Thesen in der armenischen Welt auslösten. Die Positionen in diesem Werk, das sich schwerpunktmäßig mit Bevölkerungsforschung befasst, entsprechen auch

gelegentlichen Äußerungen Halaçoğlus gegenüber der Presse, einem der Autoren und Vorsitzender der „Gesellschaft für Türkische Geschichte“. Es handelt sich um Positionen wie „Anders als behauptet sind nicht 1,5 Millionen ArmenierInnen umgekommen. Die Anzahl der Armenier, die zu dieser Zeit aus unterschiedlichen Gründen gestorben sind, beläuft sich auf ungefähr 100 000. Von den knapp 1,5 Millionen umgesiedelten ArmenierInnen sind ungefähr 1,4 Millionen wieder zurückgekehrt. Die Anzahl der von den Armeniern getöteten Türken beträgt hingegen 600 000“. Solche Ansichten wirken, als wolle man die armenische Welt verspotten und die Aufforderung von Halaçoğlu „Wenn es ein armenisches Massengrab gibt, von dem sie wissen, sollen sie es uns zeigen. Auch das werden wir öffnen“ ist die Spitze dieses Stils. Dieses negative Auftreten des Vorsitzenden der „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ wurde von den Armeniern auch als Grund dafür angeführt, das mit Spannung erwartete Wiener Treffen abzusagen, an dem türkische und armenische Historiker teilnehmen und Dokumente austauschen wollten.

An dieser Stelle ist es vorteilhaft, in Klammer auch einen kritischen Blick auf das Verhalten der armenischen Seite, die auf das Wiener Treffen verzichtete, zu richten. Einem solchen Treffen zuzusagen und dann aus irgendeinem Grund darauf zu verzichten, kommt, wenn auch nicht den offiziellen türkischen Geschichtsbehauptungen, so doch aber einer Unterstützung der aktuellen Politik der Türkei gleich. Denn die „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ will ein Heimspiel. Sie will die Parole „Die Armenier sind wieder abgehauen“ bestätigt wissen und rechnet damit, dass sie damit in den eigenen Reihen jederzeit gewinnen wird. Oder anders ausgedrückt erschwert diese Parole all die Initiativen derer, die sich im zivilen Bereich der Türkei um eine neue Annäherung bemühen. Die Sichtweise der armenischen Welt im Sinne von „wir diskutieren mit niemanden darüber, ob es einen Völkermord gab oder nicht“ ist ein vielleicht verständlicher seelischer Zustand. Unverständlich aber ist, gegenüber zunehmenden Gegenbehauptungen und anwachsenden Papierbergen, die man als Dokumente bezeichnet, zu schweigen und so zu tun, als gäbe es dies alles nicht. Positionen, die sich auf Tatsachen stützen, kann man nicht diskutieren. Umgekehrt aber sind diese Informationen aber bei einer Diskussion nicht von Schaden. Die armenischen Historiker brauchen nicht zu diskutieren, ob es einen Völkermord gab oder nicht. Das hängt mit ihrem Seelenzustand zusammen. Aber es ist sinnlos und nicht zu rechtfertigen, aus Ablehnung dieser Diskussion die Wissenschaftler mit ihrem Wissen nicht sprechen zu lassen und eine Diskussion zu blockieren. Auf provokative Weise wird behauptet, dass die offizielle These mit den Argumenten der „Gesellschaft für Türkische Geschichte“ einen neuen Angriff eingeleitet hat. Man muss sich diesem Stil nicht anpassen. Aber man muss auf die Behauptungen antworten, ohne in die Falle zu geraten und sich diesem Stil anzueignen. Taner Akçam hat dies mit seiner Kritik an der Publikation „Armenier, Vertreibung und Auswanderung“ in angemessener Weise geleistet. Natürlich ist es richtig, unnötige Diskussionen zu vermeiden. Aber notwendige Diskussionen nicht zu führen, ist ebenso unnötig.

Das ‚Armenierproblem‘ hat heute ein Niveau erreicht, auf dem man sich bemüht, mit Begriffen wie ‚Behauptung‘ und ‚Beweis‘ eine Sprache zu finden, die auf Akzeptanz stößt. Während das eigentliche Geschehen an den Rand gedrängt wird, gewinnt der Name des Geschehens und das Recht, diesen Namen zu verwenden, an Bedeutung und Wichtigkeit. Das Problem bleibt auch nicht nur auf einen Dokumentenwettbewerb zwischen armenischen und türkischen Historikern

beschränkt. Je mehr das Problem zu einem Wettlauf wird, desto mehr verliert man das Problem bezüglich der Qualität der Dokumente aus den Augen, zwischen Dokumenten, die angeblichen Tatsachen entsprechen, und Dokumenten, die sich auf Tatsachen stützen. Man verliert sich in Dokumenten und erreicht den Menschen nicht mehr, um den es doch eigentlich gehen sollte. Außerdem, ob Wahrheit oder Lüge, ein Dokument ist nicht alles. Das wichtigste ist, wie ein Dokument interpretiert wird.

Von armenischer Seite wird daher das in letzter Zeit von der Türkei häufig zur Sprache gebrachte Anliegen, das Problem vor ein internationales Gericht zu bringen, als Taktik gewertet. Eigentlich steckt dahinter die Absicht, das Problem dem Interesse der Öffentlichkeit zu entziehen, es zu verschieben und von der Agenda zu tilgen. Zusammenfassend lässt sich dies mit der Formel „Überlassen wir die Geschichte den Historikern“ auf den Nenner bringen. Heutzutage gibt es türkische und armenische HistorikerInnen, die das Problem unter sich diskutieren können. Im Ausland finden regelmäßig Sitzungen dieser Historiker statt, an denen auch internationale Geschichtswissenschaftler teilnehmen. Leider können solche Treffen in der Türkei noch nicht stattfinden. Bis dies der Fall sein wird, muss in der Türkei ein dringend notwendiger Prozess stattgefunden haben: türkische Historiker und Intellektuelle müssen untereinander diskutieren. Unabhängige Plattformen, die nicht der Dominanz der offiziellen These unterliegen, müssen gegründet werden. Am wichtigsten ist es zu gewährleisten, dass das Problem in all seinen Facetten öffentlich und in einer freien Atmosphäre diskutiert werden kann. Dies ist die dringendste Aufgabe, vor der die Türkei steht. Wenn dies nicht gelingt, ist man dem willkürlichen Vorgehen der offiziellen Historiker beider Seiten ausgeliefert. Das Problem ist auf diesem Boden entstanden. Beide Völker sind die Akteure. Das Volk muss nun sein Recht auf Information in voller Freiheit in Anspruch nehmen können. Was dann immer noch zurückbleiben wird, wird sich von selbst zeigen. Mit der Zeit wird sich der Prozess seinen unabhängigen Raum selbst erschaffen und den offiziellen Bereich erschüttern. Die offizielle Anschauung wird versuchen, diesen unabhängigen Raum mit verschiedenen Taktiken und Methoden, mit alten Zielen in neuem Gewand und mit Provokationen einzuengen. Sie provoziert damit aber nicht die Welt, sondern ihr eigenes Volk.

Die Türkei kann viele Probleme leichter überwinden, wenn sie in der Geschichtsstunde die Methode der ‚vergleichenden Geschichtswissenschaft‘ nicht außer Acht lässt. Notwendige und primäre Aufgabe der Türkei ist es, umgehend ein Klima der Freiheit zu schaffen, in dem alle Erwachsenen dieses Landes Informationen verschiedenster Art über dieses Thema erhalten und diskutieren können, damit das ‚Armenierproblem‘ aufhört, ein Problem zu sein. Die Türkei braucht nicht erst auf die Hilfe der kommenden Generation zu warten. Bücher und Artikel aus dem Ausland, übersetzte (Dokumentar-)Filme sind ungeachtet der Frage, ob sie ‚für oder gegen‘ sind, der türkischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch den Zugang zu verschiedenen Interpretationen der Geschichte kann jeder mit gesundem Menschenverstand die Tatsachen hinterfragen. Nur in einer solchen Atmosphäre kann die Rede von historischen Diskussionen sein und aus der Geschichte gelernt werden. Nur eine solche Atmosphäre kann den Weg dahingehend ebnen, dass das Problem an Härte verliert und sich normalisiert. Die Türkei ist gegenwärtig aber noch weit davon entfernt, eine derart freie Atmosphäre geschaffen zu haben. Noch immer kämpft die Türkei um Demokra-

tie. Dass Selbstzensur üblich ist, zeigt, inwieweit die Menschen ihre Ansichten frei aussprechen können. ‚Andere Stimmen‘, insbesondere aus dem eigenen Land, können in keiner Weise ertragen werden. Ansichten wie „Es war Völkermord oder ethnische Säuberung“ versucht man in einer geheimen Zusammenarbeit mit Staat und Gesellschaft zu erdrosseln, als handele es sich dabei um einen gemeinsamen Reflex. Menschen mit anderen Ansichten werden als „Knechte der Armenier“ abgestempelt. Gegen oppositionelle Stimmen werden Kampagnen unter Anwendung legaler und illegaler Methoden durchgeführt. Drohungen und Beleidigungen über das Internet und Angriffe durch die Medien nehmen sich aus wie Lynchkampagnen. Dass dies in Widerspruch zu der nach außen gerichteten Geste „Sollen sie kommen, die Armenier, lasst uns gemeinsam eine Kommission gründen und diskutieren“ steht, ist offensichtlich. Mit ihren eigenen Worten: Wie die, die diese „Knechte“ nicht dulden können und sich aufschwingen, deren Stimme zu unterdrücken, mit ihren „Herren“ auskommen werden, ist ein großes Fragezeichen.

Die Ereignisse um den Film „Ararat“, der in der Türkei nicht in die Kinos kam, die harten Reaktionen auf oppositionelle Stimmen, oder die von Politikern, Medien und Gesellschaft errichteten Hürden, um die „Armenier-Konferenz“ zu verhindern, welche die Boğaziçi-, Bilgi- und Sabancı-Universität durchführen wollten – dies alles sind Beispiele dafür, dass es nicht so leicht sein wird, ein demokratisches Diskussionsklima zum ‚Armenierproblem‘ herzustellen. Es sind Beispiele dafür, dass das Problem erst begonnen hat, sich davon zu befreien, ein Tabu zu sein. Die Beispiele haben ebenso deutlich gezeigt, dass in der Türkei Gesetze und Entscheidungen politischer Autoritäten allein nicht ausreichen, um eine wirkliche Freiheit zu gewährleisten. Die Regierung mitsamt ihren eigenen Entscheidungen beugt sich von Zeit zu Zeit dem Willen von Teilen der Bevölkerung. Der Film „Ararat“ zeigte dies deutlich: Obwohl die Regierung erklärte, keinen Nachteil darin zu sehen, den Film in die Kinos zu bringen, konnte leider eine marginale Gruppe mit ihren Äußerungen nicht gestoppt werden, die Vorführung des Films auf keinen Fall zu dulden. Letztlich kam der Film nicht an die Öffentlichkeit.

Betrachtet man das türkische Strafgesetz und seine Anwendung in Vergangenheit und Gegenwart, so ist zwar kein „Paragraf“ zu finden, der den Satz „Es gab einen Völkermord an den ArmenierInnen“ offen unter Strafe stellen oder strafrechtliche Sanktionen nach sich ziehen würde. Aber jenseits von strafrechtlichen Sanktionen kann von einer allgemeinen negativen Reaktion auf die Verlautbarung dieses Satzes gesprochen werden. Auch aus diesem Grund vermeidet man es bei Gesprächen über dieses Thema, bei denen die Ereignisse als Völkermord bewertet werden, den Satz „Das war Völkermord“ klar und deutlich auszusprechen. Wird der Ausdruck „Völkermord an den ArmenierInnen“ schriftlich niedergelegt, so ist es eine verständliche Vorsichtsmaßnahme, wenn er für alle Fälle in Anführungszeichen gesetzt wird. Ich konnte bisher nicht feststellen, ob es in der Zeit der Türkischen Republik jemanden gab, der wegen dieses Satzes verurteilt oder bestraft wurde. War das nicht der Fall, so ist dies mit den Bedenken der Türkei zu erklären, einen solchen Standpunkt vor Gericht zu problematisieren. Denn es ist offensichtlich, dass eine Verurteilung aufgrund des Satzes „Es gab einen Völkermord“ vor einem türkischen Gericht das Interesse der gesamten Welt auf sich ziehen und Einmischungen provozieren würde. Dies wäre für die Türkei nicht von Vorteil. Wie dem auch immer sei, ob nun der Ausdruck ‚Völkermord‘ verwendet wurde oder nicht, es lassen sich genügend Beispiele dafür

finden, dass Äußerungen, die von der offiziellen Haltung abweichen, als Straftat wegen des Tatbestandes der „Beschimpfung und Beleidigung des Türkentums“ oder „Aufstachelung der Völker gegeneinander“ verurteilt wurden. In letzter Zeit standen derartige Strafverfahren häufig auf der Agenda. Orhan Pamuk, Hrant Dink oder Ragıp Zarakolu beispielsweise wurden zwar alle aufgrund des ‚Armenierproblems‘ zur Zielscheibe. Verurteilt wurden die Angeklagten aber wegen ‚Nebenstraftaten‘ wie Beschimpfung und Beleidigung des Türkentums oder des türkischen Staates.

Schon seit jeher werden Ansichten, die der offiziellen Anschauung widersprechen, in Form von versteckten Botschaften zwischen den Zeilen zum Ausdruck gebracht. Dabei handelte es sich im Allgemeinen um Bücher, die von islamischen Verlagen gegen die osmanische Partei für Einheit und Fortschritt (İttihat ve Terakki) herausgegeben wurden. In der Türkei brachte İsmail Beşikçi als erster seine oppositionellen Ansichten offen zum Ausdruck. Beşikçi hat in seinen Büchern zum ‚Kurdenproblem‘ diesem Thema einen breiten Raum eingeräumt. Dies kann als Beginn von oppositionellen Ansichten jenseits der offiziellen These gesehen werden. Zweifellos ist das ‚Kurdenproblem‘ einer der Hauptgründe für die Verurteilung Beşikçis, der zu mehreren Jahrzehnten verurteilt wurde und einen großen Teil seines Lebens im Gefängnis verbrachte. Der andere Grund ist das ‚Armenierproblem‘, an dem er großes Interesse zeigte. Neben Beşikçi gibt es eine Reihe von Autoren wie Fikret Başkaya, Osman Aytar, Serdar Can und Taner Akçam, die in der Türkei oppositionelle Bücher schrieben. Insbesondere der Belge-Verlag hat mit der Übersetzung von Büchern wie „Genozid“ des armenischen Historikers Vahakn Dadryan, „Tabu Armenien“ von Yves Ternon und „Die 40 Tage des Musa Dagh“ von Franz Werfel der türkischen Bevölkerung alternative Informationen unterbreitet.

Einige der Autoren und Herausgeber dieser Bücher wurden unter verschiedenen Anschuldigungen vor Gericht gestellt. Ein Teil wurde verurteilt, ein anderer freigelassen.

Wieder bleibt heute unklar, ob oppositionelle Ansichten zum Thema „Völkermord an den ArmenierInnen“ strafrechtlich sanktioniert werden können oder nicht. Noch ist die Entwicklung zu neu: der unklare Satz „bezüglich des Armenierproblems Standpunkte gegen das Interesse des Staates einnehmen und sich dafür von außen Vorteile sichern“, der in der Begründung zum Artikel 305 des Neuen Türkischen Strafgesetzes aufgeführt war, wurde später gestrichen. Aber ein weiterer Artikel im neuen Strafgesetz „Aktivitäten gegen grundlegende nationale Interessen“ hält die Erinnerung daran wach. Zudem ist die Unklarheit des Begriffes ‚nationale Interessen‘ als Zeichen dahingehend zu werten, dass eine Drohung niemals ganz ausgeschlossen ist. Andererseits stoßen oppositionelle Ansichten, die zunächst mit ein paar Büchern ihren Anfang nahmen, heute bei einem großen Teil der Gesellschaft auf Interesse. Im Rahmen unterschiedlicher Foren sind fast täglich verschiedene Texte, Untersuchungen und Standpunkte zu finden. Diese Vielfalt nimmt auch ständig weiter zu. Die mit der zunehmenden Meinungsfreiheit entstandene Atmosphäre deutet darauf hin, dass diejenigen, die von einem „Völkermord“ sprechen, öffentlich nicht mehr vor Gericht gestellt und verurteilt werden können. Schließlich hat die Türkei die ganze Welt dazu aufgefordert, alle Informationen freizugeben und die Archive zu öffnen. Es wäre nicht mehr zu erklären, wenn die Türkei, die einen solchen Aufruf machte, im Land oppositionelle Ansichten strafrechtlich sanktioniert. Dessen ist sich die Türkei auch bewusst. Das Vorher und Nachher der „Armenier-Konferenz“, die Intellektuelle im September 2005 in der Bilgi-Universität

durchführten, um die Diskussion über die offizielle These nicht länger unter Verschluss zu halten, wurde zu einem Symbol dafür, dass die Türkei in einen unumkehrbaren Prozess eingetreten ist. Die hilflosen Aktionen derjenigen, die bis zum letzten Moment die Konferenz verhindern wollten, sind ebenso Beweis für die außerordentliche Bedeutung dieses Ereignisses. Unabhängige Akademiker und Intellektuelle, die bisher vereinzelt an Akademien, in Zeitungskomentaren oder in öffentlichen Reden die Geschichte jenseits der offiziellen Haltung hinterfragten, haben mit dieser Konferenz offen erklärt, dass sie – dieses Mal gemeinsam - den Beginn einer neuen Epoche eingeleitet haben. Diese Ereignisse hatten keinen anderen Sinn als gemeinsam gegen das Beharren auf der offiziellen Geschichtsschreibung vorzugehen. Deshalb veranstalteten die Protagonisten der offiziellen Geschichtsschreibung ein lautes Spektakel, deshalb erklärte der Justizminister Cemil Çiçek vom Rednerpult des Parlamentes aus diese Menschen zu Vaterlandsverrättern und deshalb verbot das Verwaltungsgericht die Konferenz mit Begründungen, mit denen es sich selbst wie die Türkei lächerlich machte. Dass die Konferenz im September 2005 allen Hindernissen zum Trotz durchgeführt werden konnte, zeigt ein weiteres Mal, dass die Türkei in Bezug auf das ‚Armenierproblem‘ in eine neue Phase getreten ist, aus der es kein Zurück mehr gibt. Die Tatsache, dass die Konferenz durchgeführt werden konnte, hat nicht nur die Türkei davor bewahrt, im Ausland skandalös dazustehen. Sie hat auch einen Weg aufgezeigt, wie das ‚Armenierproblem‘ überhaupt diskutiert werden kann. Es wurden Anhaltspunkte dafür gegeben, wie, mit welcher Methode und in welchem Stil dieses schwierige Thema angegangen werden kann. Auch in dieser Hinsicht hat die Konferenz die Frage „Warum wurden wir nicht zu dieser Konferenz eingeladen?“, die von den Anhängern der offiziellen Geschichtsschreibung gestellt wurde, offen beantwortet. Ja, bei solch schwierigen Problemen musste das Zusammenkommen von gutem Benehmen und Stil geprägt sein. Denn wir müssen akzeptieren, dass wir über ein sehr schwieriges Problem diskutieren. Es gibt auf beiden Seiten Vertreter, welche die Ereignisse nur in Schwarz/Weiß begreifen und erklären können; die bei ihren Darlegungen nachlässig arbeiten und einen Stil verwenden, der dem Reden über diese schmerzvolle Geschichte in keiner Weise gerecht wird. Nach ein, zwei Sätzen werden sie sich gegenseitig des Verrates bezichtigen oder sich herabwürdigen, was das Problem noch unerbittlicher macht. Auch das konnte man auf der Konferenz erleben. Die provokative Belästigung einer Frau während der Eröffnungsrede der Rektoren von Seiten eines Anhängers der offiziellen These, der es geschafft hatte, an der Konferenz teilzunehmen, oder das Verhalten eines Akademikers, dem es gelungen war, sich auch ohne Einladung Einlass zu verschaffen, indem er die Türsteher mit dem Titel „Ich bin Professor“ überreden konnte, und der bei der ersten Sitzung mit einer Frage, die er sich selbst stellte, die Redezeit weitaus überschritt und dazu nutzte, die TeilnehmerInnen zu beschimpfen – dies sind wohl die augenfälligsten Beispiele. Schließlich hatte die Konferenz ein weiteres Mal gezeigt, wie notwendig es ist, unter sich einen Gesprächsstil einzuüben, bevor man auf die Gegenseite trifft.

Nun, wie könnte eine Annäherung zwischen den beiden Seiten, zwischen den Weißen und den Schwarzen aussehen? Die Antwort auf dieses Problem ist schwierig, aber nicht unmöglich. Lassen wir den Gegensatz zwischen TürkInnen und ArmenierInnen einmal beiseite und betrachten die Linien des Gegensatzes innerhalb der Türkei. Was ist der Gegensatz, von dem wir hier sprechen? Auf der einen Seite sind die Verteidiger der offiziellen These. Auf der anderen Seite befinden sich diejenigen, die nicht unter dem Diktat der offiziellen Anschauung stehen und

unabhängige Befragungsmethoden anwenden. Mit anderen Worten gibt es auf der einen Seite diejenigen, die von ihrem Geschichtsverständnis her reaktionär und revisionsfeindlich sind. Und diesen gegenüber stehen Menschen, die für Veränderungen und Umwälzungen offen sind. Natürlich gibt es innerhalb der jeweiligen Gruppen eine Hierarchie mit zahlreichen Abstufungen. Jedoch standen bis heute stets die Hardliner in der ersten Reihe. Diese gaben den Moderateren aus den hinteren Reihen keine Chance und hatten deshalb auch Erfolg darin, stets einen großen Abstand zwischen den beiden Gruppen zu erzeugen. Die Konferenz hat gezeigt, dass sie einen gemeinsamen Arbeits- und Diskussionsstil entwickeln konnten, wie sehr auch immer sich die Ansichten unter den unabhängigen HistorikerInnen unterscheiden mögen. Zumindest entwerten sie das Problem nicht, sind sich der erlebten Schmerzen bewusst und zeigen sich bemüht, das Thema in einem entsprechenden Stil zu behandeln. Leider ist bei der Mehrheit der Anhänger der offiziellen These weder eine Bemühung noch eine Suche in diese Richtung zu erkennen. Noch immer scheuen sie sich nicht, in ihren Reden und Schriften die quälendsten Worte und Titulierungen zu benutzen. Dies lässt den Schluss zu, dass sie keine Achtung für das Problem aufbringen. Daher ist das Bestehen auf der Frage „Warum haben sie uns nicht zu der Konferenz eingeladen?“ bei gleichzeitigem Beharren auf dem verletzenden Stil ohne Bedeutung. Diese Gruppe muss erst einmal unter sich selbst einen Stil entwickeln, sich dem Problem auf ethische Weise nähern und gegenüber dem Standpunkt der Gegenseite Verständnis aufbringen. Zumindest sollten erst einmal diejenigen, die dazu in der Lage sind, die Oberhand gewinnen, bevor sie mit der Gegenseite in einen Dialog treten können. Diese könnten dann Beispiel dafür werden, dass man auch unter Einhaltung eines bestimmten Gesprächsstiles miteinander reden kann. Sie könnten einen positiven Einfluss auf die Hardliner ausüben, damit diese auch an einer Diskussion teilnehmen können. Das heißt, noch vor Beginn eines Dialoges zwischen TürkInnen und ArmenierInnen muss ein dialogbereiter Redestil eingeübt werden. Daraus kann dann auch ein sorgfältiger Gesprächsstil erwachsen, der im Dialog mit den ArmenierInnen zum Tragen kommen kann. Das Interesse, das die Welt an dieser Konferenz gezeigt hat, sollte man in seiner Bedeutung nicht unterschätzen. Denn es weist darauf hin, welche Hürde die Türkei genommen hat. Die zwei Konferenztage haben gezeigt, welch wichtigen Wendepunkt die Türkei einschlug. Als habe sie eine weitere geistige Mauer zum Einsturz gebracht, und dazu noch eine der höchsten Mauern. Das wichtigste daran ist, dass sich jeder dessen bewusst war. Nach dieser Konferenz kann man mit Sicherheit mutiger über das ‚Armenierproblem‘ reden.

Neue Stimmen, neue Initiativen werden sich bilden. Geschichten, zu denen man bisher keinen Mut fand, werden laut erzählt und niedergeschrieben. Und vielleicht findet man diejenigen wieder, von denen wir glaubten, sie seien verschwunden oder tot. Nach der Konferenz erschien in der Zeitschrift Hürriyet ein Artikel von Bekir Coşkun, der in seiner einzigartigen Rhetorik zweifellos zehn ‚Armenier-Konferenzen‘ ersetzen könnte. Coşkun erzählte in seinem Artikel, dass auch seine eigene Großmutter eines der armenischen Mädchen war, das als Waise zurückblieb und warf mit einer biographischen Anekdote ein Licht auf unser enges Miteinander. Er erinnerte uns daran, dass wir alle einen türkischen oder armenischen Verwandten haben werden können, wenn wir unsere Ängste überwinden und unsere Befürchtungen beiseite schieben. Und natürlich gab er auch Anhaltspunkte für einen Stil, den wir suchten und den wir uns unbedingt aneignen sollten. Kommt, lasst uns zuerst einander verstehen... Kommt, lasst uns zuerst Achtung vor

unseren Schmerzen zeigen... Kommt, lasst uns zuerst einander erleben... Die Bildung eines gemeinsamen Gedächtnisses zwischen der türkischen und der armenischen Gesellschaft ist der wichtigste Prozess, der vor uns liegt. Dieser Prozess ist für jedes Individuum der Gesellschaft außerordentlich notwendig. Wenn wir diese Haltung einnehmen, behalten diejenigen, die „die Geschichte den Historikern überlassen“ wollen, wohl kaum Recht. Man kann die Geschichtsschreibung den Historikern überlassen, aber nicht die Geschichte.

Außerdem ist offensichtlich, dass diese Aufforderung nicht aufrichtig gemeint ist. Wie kann man die Geschichte den Historikern überlassen, wenn man in der Presse, im Fernsehen und in Forschungsberichten fast jeden Tag mit mageren Feuilletons abgespeist wird, die man Geschichte nennt; wenn die Schulbücher noch immer voll sind mit Beschreibungen des Feindes und daraus wiederum die Feindschaft selbst genährt wird? Nun verlangen die Geschichtsbücher und Aufsatzwettbewerbe von einem armenischen Kind oder Jugendlichen, das in seiner Schule noch nie die Chance hatte, auch nur eine Zeile über seine 3.000 Jahre alte Geschichte zu lesen und dem dieses grundlegende Recht bis heute verwehrt blieb, dass es Sätze gegen seine eigene historische Identität bildet. Wenn so etwas zu fordern nicht die schlimmste psychologische Folter ist, was dann?

Sogar die wildesten Falken und Adler, verdauen die blutigen Fleischstücke, die sie in ihre Nester tragen, zuerst in ihren eigenen Mägen vor, bevor sie diese ihren Jungen zum Fressen geben. Wie können unsere Kinder, unsere Jugend eine solche Darstellung der Geschichte verdauen? Sprechen wir über eine schwere und schmerzreiche Geschichte, so stets über ihre schwersten und schmerzvollsten Seiten. Wir bemühen uns immer, über die Toten und Getöteten zu reden. Über die Zahl können wir uns nicht einigen, wir führen eine Diskussion über die Fragen, „Wer wurde zuerst getötet, wer danach, von wem mehr, von wem weniger?“ Wir bleiben beim Namen der Ereignisse hängen: „War es Völkermord oder nicht?“ Was sollte man tun, um das Problem auf eine diskutierbare Basis zu stellen und um die verschiedenen Seiten in einen Prozess der Normalisierung zu integrieren? Aus diesem Blickwinkel ist die Frage „Wie können wir das Jahr 1915 neu diskutieren?“ besonders wichtig. Können wir das Problem nicht angehen, indem wir nicht über die Toten und Getöteten sondern über die Überlebenden reden? 1915 gab es neben den Toten auch Überlebende. Wie viele waren das? Was ist aus ihnen geworden? Wie viele konnten in die Diaspora gehen, wie viele sind im Land geblieben und wie konnten sie ihr Leben fortsetzen? Wenn sie es fortsetzen konnten, unter welchen Bedingungen? Mussten alle zum Islam konvertieren, wenn ja, was für ein Leben haben sie geführt? Welches Verständnis von Identität haben die Nachfolgenerationen? Es gibt eine Reihe weiterer derartiger Fragen. Warum sollten wir im Zusammenhang mit dem Jahr 1915 nicht darüber reden? Warum sollten wir nicht zusammenfinden in diesen menschlichen Dramen und über diejenigen reden, die sich befreien konnten und über die, die befreit wurden? Aber wir sehen, über die Überlebenden zu reden, ist gefährlicher und schwieriger. Die empörten Reaktionen auf unsere Nachricht in AGOS, einige Armenier hätten behauptet, die Adoptivtochter Atatürks, Sabiha Gökçen, sei ihre Verwandte,

sprechen für sich. Vielleicht ist es möglich, über die Toten von 1915 zu reden, aber niemals über die Überlebenden. Auch unter ArmenierInnen ist das reichlich schwierig. Ergebnisse einer Untersuchung, die ich in Eriwan durchführte, zeigen, dass es keine wissenschaftliche Untersuchung zu den Überlebenden gibt, und dies auch nicht sonderlich gewünscht wird. Die Behandlung des Themas von Seiten eines bekannten armenischen Historikers hat mich sehr betroffen: „Über die Überlebenden haben wir keine Untersuchung durchgeführt. Wir denken sogar, dass ihre Zahl nicht gering ist. Jedoch finden wir es nicht notwendig, dieses Thema zu untersuchen. Schließlich gibt es unsere offizielle Geschichtsschreibung, die besagt, dass 1,5 Millionen ArmenierInnen ermordet wurden. Wir haben keinen Bedarf an nutzlosen Informationen, die diese Geschichtsschreibung in Bedrängnis bringen könnten!“ Für eine solche Geisteshaltung gibt es keinen Unterschied zwischen Überlebenden und Toten.

Die Überlebenden leben für sie ohnehin nicht mehr. Aber auf diesem Territorium befinden sich noch immer die Enkel der Überlebenden und die Enkel ihrer Enkel; und diese leben.

Zweifellos führt der einzige Weg zur Überwindung des ‚Armenierproblems‘ über eine demokratische Diskussion und freie Meinungsäußerung. Die gerichtliche Untersuchung, die in der Schweiz wegen seiner Behauptung, es habe keinen Völkermord gegeben, gegen den Vorsitzenden der Gesellschaft für türkische Geschichte, Yusuf Halaçoğlu, eingeleitet wurde, zeigt erneut, dass selbst Europa bei manch sensiblen Problemen nicht eingreifen kann. Ansonsten müssten grundlegende demokratische Prinzipien wie die Achtung der Gedanken- und Meinungsfreiheit beiseite geschoben werden. Der eigentliche Erfolg lag nicht in der richterlichen Entscheidung oder in den Gesetzen, sondern in der Herstellung eines Diskussionsklimas, das die Basis für eine Änderung der Ansichten darstellte und vollständige Meinungsfreiheit garantierte.

Wir betonen auch immer wieder, dass falsche Geisteshaltungen nur an ihren eigenen Freiheiten zu Grunde gehen. Unterdrückung, Zwang und Einschränkungen tragen nur dazu bei, dass sich falsche Einstellungen verhärten und deren Protagonisten zu Helden werden. Das Gesetz in der Schweiz gewinnt vielleicht dadurch einen Sinn, weil es nur auf die eigene Gesellschaft beschränkt ist. Es lehrt dem eigenen Volk, was ein Völkermord ist, warum es sich um Völkermord handelt, und wann und wo man von Völkermord sprechen kann. Es demonstriert auch, dass es notwendig ist, dies zu lehren. Wird das gleiche Gesetz aber in Gesellschaften für gültig erklärt, in denen es keine Freiheit des Wissens und der Information gibt, so führt dies aus sich selbst heraus zu einem Paradox. In Gesellschaften, die das Recht auf Information nicht voll gewähren, können Menschen nur insoweit sprechen und sich verteidigen, wie es das ihnen zur Verfügung gestellte Wissen zulässt. Wie kann man sie dessen beschuldigen? Wenn man dies als Schuld zählen würde, trüge dies etwas bei zum persönlichen Verständnis für den Kampf gegen Völkermord? Wie kann ein Gesetz eine Veränderung bewirken, wenn einem Menschen nur eine bestimmte Menge an Wissen zur Verfügung steht, er sich anhand dessen seine Meinung bildet und danach handelt? Wird er sich gegen Völkermord aussprechen, weil er sich vor dem Gesetz fürchtet, oder weil er diese Ansicht verinnerlicht hat?

Wie kann Völkermord ein Ende finden, ohne dass eine Veränderung im Bewusstsein stattgefunden hat?

Es ist von Vorteil, dies in Bezug auf den ‚Völkermord an den ArmenierInnen‘ nochmals in Kürze zusammen zu fassen:

Das grundlegende Problem der Türkei ist ein „Wahrnehmungsproblem“. Das Wichtigste ist, dass sich die türkische Gesellschaft über die historischen Tatsachen bewusst wird. Dies wird nur gemeinsam mit der Entwicklung der Demokratie in der Türkei zu verwirklichen sein. Für den Prozess der ‚Wahrnehmung‘ bedarf es eines ernsthaften Geschichtsunterrichtes, in dem Alternativen aufgezeigt werden. Voraussetzung hierfür ist ein demokratisches Klima. Wird einer Gesellschaft, die gerade eine neue Art ‚Wahrnehmung‘ entwickelt, mit politischem Druck oder per Gesetzesbeschluss die ‚Leugnung‘ von innen oder die ‚Anerkennung‘ von außen aufgezwungen, so zeigt dies gegenläufige Wirkung. Eine solche Herangehensweise wäre der größte Schlag gegen die Aneignung einer ‚neuen Wahrnehmung‘. Ob ‚Leugnung‘ oder ‚Anerkennung‘, solange das Problem als solches nicht wahrgenommen wird, ist es belanglos, auf welcher Seite man steht. Ist man sich dieses Wahrnehmungsproblems nicht bewusst, so nützt auch kein Druck von außen. Dieser würde nur den Prozess aufhalten. Die türkische Gesellschaft, auch der Teil, der die historische Tatsache akzeptiert, sie als ‚Völkermord‘ benennt und anerkennt, kann selbst die aktuelle Realität nicht in vollem Umfang wahrnehmen. Im Grunde weiß die türkische Gesellschaft um die Tatsache, sie leugnet sie nicht, aber sie verteidigt die Tatsachen, die sie kennt. Wie kann eine Gesellschaft, die sich noch gestern mit dem „Susurluk-Ereignis“ und den ausgegrabenen „Hizbullah-Leichen“ schwer tat, diese nicht in eine rechtliche Sprache umsetzen konnte, die Vorkommnisse nicht zu benennen wusste und deren Hintergründe nicht aufzudecken vermochte, wie kann eine solche Gesellschaft ein historisches Ereignis, das 90 Jahre zurückliegt, und noch dazu einem jahrzehntelangen intensiven Bombardement mit Gegeninformationen ausgesetzt war, wahrnehmen und benennen, ohne Krämpfe zu erleiden?

HAUPTACHSE DER ERFORDERLICHEN POLITIK: GEMEINSAME INTERESSENSBEREICHE

Der Wunsch nach einem unabhängigen Staat, den die ArmenierInnen über Jahrhunderte hegten und der heute wie auch immer verwirklicht ist, ist noch immer eine Quelle für Bedenken und Beunruhigung. Diese Bedenken sind nicht unüberwindlich. Aber sie spielen in der armenischen Identität eine bedeutende Rolle. Die grundlegenden Bedenken verringern sich nicht, ganz im Gegenteil, sie nehmen von Tag zu Tag zu. Dazu gehören Fragen wie: „Kann Armenien seine Unabhängigkeit bewahren oder nicht? Kann es in Sicherheit bleiben oder nicht? Oder am wichtigsten: Kann es in seinem Innern und in der Region eine wirtschaftliche und demokratische Stabilität herstellen oder nicht? Wie gestaltet sich die Zukunft der Diaspora?“ Gleich nach ihrer Unabhängigkeit war die junge Armenische Republik mit dem Berg Karabakh-Problem konfrontiert. Deswegen brachen auch die Beziehungen zu den Nachbarländern Aserbaidschan und Türkei ab. Es ist auch jederzeit möglich, dass dieser Konflikt, der derzeit den Hauptgrund für die Instabilität in der Region darstellt, in eine offene Auseinandersetzung mündet. Die Grenzen zu zwei der vier Nachbarländer sind vollständig geschlossen. Dies bringt Armenien in eine Sandwich-Position, die von zwei Seiten zusammengedrückt wird. Der Weg Armeniens, sich aus dieser Klammer zu

befreien und wirkliche Sicherheit sowie eine dauerhafte Stabilität herzustellen, führt zum größten Teil über die Lösung des Berg Karabakh-Problems. Solange das Berg Karabakh-Problem nicht gelöst wird, wird die Region und Armenien keine Ruhe finden. Die Existenz dieses Problems erschwert es auch, dass sich Armenien in die Region und in die Welt integrieren kann.

Das Berg Karabakh-Problem ist nicht nur hinsichtlich der politischen Instabilität sondern vor allem wegen der wirtschaftlichen und demokratischen Instabilität im Lande von Bedeutung. Aufgrund dieser Unsicherheit werden Investitionen der Diaspora und des ausländischen Kapitals nicht im erwarteten Umfang getätigt. Dieses Kapital, das nach Armenien fließen könnte, wartet auf Stabilität. Die Rolle des Berg Karabakh-Problems in Bezug auf die demokratische Instabilität Armeniens hat eine nicht mehr zu diskutierende Dimension erreicht. Die Politik hat schwerpunktmäßig eine nationalistische und reaktionäre Basis, die das politische Leben im Lande blockiert. Jedes Treffen, das mit Aserbaidshan zum Berg Karabakh-Konflikt stattfindet und jeder dabei erzielte Fortschritt, wird sofort auf die Frage reduziert: „Wer sind wir, dass wir Eingeständnisse machen?“ Somit wird das ganze Problem zu einem Mittel der Innenpolitik, was den Regierenden wiederum die Hände bindet. Da die Innenpolitik Armeniens ständig über den Berg Karabakh-Konflikt gemacht wird, hat es mittlerweile Ausmaße eines Wetteiferns erreicht. Andere, drängende Probleme der Demokratie wurden von den Regierenden wie auch von der Opposition aus diesem Wettrennen gedrängt.

Der Berg Karabakh-Konflikt ist ohnehin kein Problem, das sich leicht lösen lässt. Hierbei spielen zu viele Akteure und Faktoren eine Rolle. Weder Russland, der Hauptakteur in der Region, noch die EU, die sich um Vermittlung in dem Konflikt bemüht, noch die USA, die sich über Georgien in der Region einnisten will, und schließlich noch die Türkei, die sich durch Passivität auszeichnet, konnten auch nur einen kleinen Schritt in Richtung Lösung erreichen. Bis heute ist der größte Erfolg dieser Kräfte eine Waffenstillstandsvereinbarung und ihre Einhaltung. Aber für eine Lösung leisteten sie noch keinen effektiven Beitrag. Im Ergebnis verfolgen die externen Mächte jeweils unterschiedliche Interessen in der Region. Ihre Einmischung in das Berg Karabakh-Problem hat seine Lösung nicht erleichtert, sondern eher erschwert. Dies wurde vom armenischen wie vom aserbaidshanischen Staatspräsidenten oft zur Sprache gebracht. Beide Regierungen beschwerten sich laufend, dass sie keine bilateralen Treffen durchführen können. Ohne gemeinsame Vorteile scheint eine Lösung in Zweiergesprächen oder mit anderen Akteuren nicht in Sicht. Eine Politik, die in und für die Region entwickelt werden muss, muss daher gemeinsame Interessensbereiche schaffen, die über den eigenen Vorteilen stehen. Diese Interessensbereiche umfassen sicherlich auch einen Bereich, der von den Ländern der Region selbst abgesteckt werden kann. Doch offensichtlich können die Regierungen diese Aufgabe im Ganzen nicht leisten. Zur Schaffung gemeinsamer Interessensbereiche müssen externe Akteure unbedingt einen Beitrag leisten. Die bisherigen Versuche, gemeinsame Interessen zu schaffen, haben leider nicht das gewünschte Niveau erreicht. An erster Stelle ist hier die Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Schwarzmeer (KZS) zu nennen, der auch die drei „Babyrepubliken“ im Südkaukasus angehören. Auch wenn die KZS Vorteile hat, so arbeitet sie dennoch schwerfällig und hat begrenzte Projekte. Der Vorschlag der Türkei, innerhalb der KZS einen Kaukasischen Stabilitätspakt zu gründen, wurde von Armenien mit der Begründung

abgelehnt, die Türkei sei nicht neutral. Bei dieser Ablehnung hat wahrscheinlich auch die ablehnende Haltung Russlands eine große Rolle gespielt. Leider wurden die ArmenierInnen bei gemeinsamen Projekten stets ausgeschlossen. Die Baku-Ceyhan-Pipeline ist ein wichtiges Beispiel für diese Ausgrenzung. Eine Beteiligung Armeniens an diesem Projekt (d.h. ein Teil der Pipelinestrecke wäre über Armenien geführt worden) hätte vielleicht auf die Lösung des Berg Karabakh-Konfliktes eine beschleunigende Wirkung gehabt. Aber die Akteure mit Interesse an der Region haben nur ihre eigenen Vorteile vor Augen. Obwohl der Verlauf der Pipeline durch Armenien viel rationeller gewesen wäre, haben die Aserbaidschaner aufgrund ihres kategorischen Verhaltens Armenien nie ein Angebot gemacht. Die „Baby-Republiken des Südkaukasus“, die auf eine nur 15-jährige Unabhängigkeit zurückblicken können, kommen gerade auf den Geschmack der ‚Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit‘. Zur Zeit der Abhängigkeit waren diese Republiken nur mit der Sowjetunion vertraut und standen unter ihrem Zwang. Nach der Unabhängigkeit wurde ihr Platz von vielen Organisationen und Zusammenschlüssen wie UN, OSZE, EU, EP, NATO und der KZS eingenommen. Die Republiken hatten die Freiheit, diese kennen zu lernen, sich mit ihnen zu treffen und an ihnen teilzunehmen. Daneben wurden bilaterale Beziehungen mit anderen Ländern und Staaten geknüpft und ausgebaut. Die „Drei Babys des Kaukasus“, die in den letzten 15 Jahren stolpernd laufen lernten, sind heute im Erwachsenenalter, wo sie unabhängig handeln können. Für Bewegung in den Ländern sorgte, dass Armenien und Aserbaidschan in naher Zukunft in einem Zug und zur gleichen Zeit in den Europäischen Rat aufgenommen werden. Gemeinsam mit Georgien, das bereits früher Mitglied des Europäischen Rates wurde, konnten diese drei Länder nunmehr mit dem „Europäertum“ Bekanntschaft schließen. Darüber hinaus haben die Außenkontakte auch im Inland zu positiven Entwicklungen geführt. So hat die Annäherung an Europa den Demokratisierungsprozess in Armenien beschleunigt. Das armenische Parlament und die Regierung haben sich bemüht, einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen. Vorbereitungen zu wichtigen Gesetzesänderungen sind im Gange. Obwohl ähnliche Veränderungen auch in Aserbaidschan und Georgien zu verzeichnen sind, geht dieser Prozess dort langsamer voran. Das Interesse der USA und Europas an der Region, deren Beziehung sich manchmal wie ein Wettrennen, manchmal wie ein gemeinsames Vorgehen gestaltet, steigt zunehmend und nimmt langsam Konturen an. Die Türkei, die ebenfalls der Region angehört, kommt wie stets zu spät und konnte bisher in der Region keine bedeutende Initiative entwickeln. Sie ließ auch ihre Beziehungen zu Aserbaidschan und Georgien abkühlen. Derzeit ist sie in einer Mittelrolle im Kampf der USA, Europas und Russlands um Einfluss. Ihre Bedeutung in der Region nimmt deshalb zu, obwohl sie sich verspätet hat. So ließ die EU verlauten, über die Türkei zum Nachbarn des Kaukasus‘ geworden zu sein. Auch die USA betreiben ihre Politik in der Region über die Türkei. Die Ausdehnung des Westens in den Kaukasus und die Öffnung der Republiken des Südkaukasus‘ nach Westen werden über die Türkei erfolgen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Türkei eines Tages Mitglied der Europäischen Union wird, hat auch in den kaukasischen Ländern die Hoffnung beflügelt: „Warum auch nicht wir?“ Diese Hoffnung ist derzeit nicht diskutabel, aber sie könnte in den jungen kaukasischen Republiken neue Wege eröffnen. Ein solcher Weg könnte wirklich zur Bildung eines gemeinsamen Interessensbereiches führen und wäre ein wichtiges Projekt, das der Region Frieden, Stabilität und Kontinuität bringen könnte. Die Europäische Union ist sich dieser

Tatsachen bewusst und hat allen drei Ländern eine gemeinsame Perspektive mit der Überschrift „Neue Nachbarschaftsinitiative“ unterbreitet. Hierdurch begann ihr Einfluss in der Region zu steigen. Gemeinsam mit der EU im Kaukasus einen Interessensbereich zu schaffen, ist sowohl für die Türkei wie für die Länder der Region eine aufregende Vision. Im Zusammenhang mit dem letzten NATO-Gipfel und den neuen Missionen, welche die Türkei übernommen hat, ist eine wirkungsvollere Rolle der Türkei im Kaukasus unausweichlich geworden. Die Verwirklichung von Missionen wie „Der Kaukasus gewinnt an Europäertum über die Türkei“ wird das Gesicht der Region grundsätzlich verändern. Jedoch bleibt als Fragezeichen, ob die Türkei diese Missionen verwirklichen können. Einige mögliche Fragen, die man zwischen den Zeilen der europäischen Diplomatie liest, beschäftigen die türkische Außenpolitik. Denn mögliche Entwicklungen im Kaukasus sind von höchstem Interesse für die Zukunft der Türkei. Eine der am wenigsten gestellten Fragen ist: „Wird sich Europa trauen, Armenien und die anderen kaukasischen Länder noch vor der Türkei in die EU aufzunehmen, wenn die Situation weiter so andauert?“ Eine positive Antwort auf diese Frage scheint auf den ersten Blick derart unrealistisch, dass man sie als romantisch einstufen und vergessen könnte. Trotzdem kann es von Vorteil sein, einer solchen utopischen Frage, deren Chance auf Verwirklichung so gut wie Null ist, nachzugehen und den Horizont etwas zu erweitern.

Wer die Frage aufmerksam liest, dem fällt auf, dass sie mit einer Einschränkung beginnt: „Wenn die Situation weiter so andauert,...“ Deshalb ist es notwendig, zuerst diese „andauernde Situation“ zu analysieren. Und in diesem Falle ist die Lage offensichtlich. So wie die Türkei haben auch Armenien, Aserbaidschan und Georgien ein Auge auf die Europäische Union. Auch ihr Ziel ist die Vollmitgliedschaft. Jedoch sind sie sich bewusst, dass dies ziemlich schwierig sein wird, da große Hindernisse auf diesem Weg liegen. Das Haupthindernis ist, dass die Europäische Union selbst ihre Erweiterung hinterfragt und kaum mehr weitere Mitglieder aufnehmen möchte. Insbesondere nimmt die Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten der EU jede neue Aufnahme als Erschütterung ihres Standards wahr und übt mit steigender Tendenz Druck auf die jeweils eigene Regierung aus. Es ist zu beobachten, dass die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses die Grundlagen der EU ins Schwanken bringt und sie bis zur Auflösung führen kann. Der Hauptgrund, warum in manchen Ländern, insbesondere in Frankreich, das Verfassungsreferendum derart schwierig verlaufen ist, ist auch eine Reaktion auf die Erweiterungspolitik. Aus diesen Gründen ist derzeit eine Mitgliedschaft der kaukasischen Länder und damit Armeniens in der EU nur eine romantische Erwartung. Darüber hinaus kommt zuerst die Türkei an die Reihe. Und ob sie Mitglied werden kann oder nicht, steht derzeit noch zur Diskussion.

Ein anderes wichtiges Thema in den Ländern der EU ist die zunehmende Übereinstimmung in dem Thema „Anerkennung des Völkermordes an den ArmenierInnen“. Dass sich nach Frankreich auch Deutschland mit dem Thema beschäftigte, zeigt offen, dass sich diese Übereinstimmung konkretisiert. Selbst England, das die Türkei ständig unterstützt, zeigt eine steigende Bereitschaft, die Front zu wechseln. Aus nicht einsehbaren Gründen verfasste die Türkei einen Brief an das englische Parlament und versuchte damit Druck auszuüben, das „Blaue Buch“ zurückzuweisen. Es ist keine Prophezeiung, dass dieses Vorgehen eine gegenteilige Wirkung haben kann. Die grundlegende Frage ist, ob diese Übereinstimmung, die in jedem Land der EU immer

festeren Boden gewinnt, sich in einer neuen Politik niederschlagen wird oder nicht. Ob diese neue Politik Armenien einen Sonderstatus einräumen kann und schließlich, ob dieser Sonderstatus zur EU-Mitgliedschaft Armeniens führen wird. Die Antwort auf diese Frage ist eng verbunden mit der Haltung der Türkei. Die Debatte im deutschen Parlament zum Thema „Völkermord an den ArmenierInnen“ unterschied sich in einem wichtigen Punkt von ähnlichen Diskussionen in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Unter fast allen SprecherInnen der einzelnen Bundestagsfraktionen herrschte Übereinstimmung in folgendem Punkt: sie nahmen die Türkei nicht zur Zielscheibe, sondern hinterfragten ihre eigenen Rolle und betonten die eigene Verantwortung für die historischen Ereignisse. Zum Schluss verabschiedete das deutsche Parlament eine gemeinsame Erklärung zum Thema „Völkermord an den ArmenierInnen“, worin nicht die Rolle der Türkei sondern die eigene im Mittelpunkt stand. Diese neue Haltung wird sicherlich zu weiteren Entwicklungen führen. Denn es ist von großer Bedeutung, dass Europa die eigene Verantwortung für die Geschichte anerkennt. Es geht in diesem Punkt nicht nur um die Anerkennung der Verantwortung, sondern auch um den Preis, den man für die Vergangenheit zu bezahlen hat. Und der ist bekannt... In der Vergangenheit war Europa selbst eine Ursache dafür, dass sich die Beziehungen zwischen dem armenischen und dem türkischen Volk auflösten. Deshalb ist es heute erforderlich, dass Europa beim Aufbau neuer Beziehungen Unterstützung gewährt. Deswegen müssen sämtliche Gelder mobilisiert werden, um einen gemeinsamen Interessensbereich zwischen der Türkei und Armenien zu schaffen. Man kann sagen, dass es einen gemeinsamen europäischen Willen gibt, die Beziehungen wieder von Neuem zu beleben. In Erklärungen des Europäischen Parlamentes sowie einzelner EU-Länder werden die Türkei und Armenien nachhaltig dazu aufgefordert, als Nachbarländer ihre gegenseitigen Probleme zu lösen. Diese Aufforderung kann positiv bewertet werden. Denn deutlich ist, dass bei der neuen Öffnung der Türkei gegenüber Armenien nicht nur die vielen Hinweise der USA sondern auch Europas eine große Rolle spielten. Daher kann man sagen, dass die derzeitige Politik Europas gegenüber der Türkei und den kaukasischen Ländern den gegebenen Verhältnissen entspricht und erfolgsversprechend ist. Es handelt sich um ein Projekt, welches das Schicksal der Türkei mit dem der kaukasischen Länder verbindet und die Aufnahme der Türkei in die EU auch die Länder des Kaukasus' zu einer Annäherung wenn nicht gar zur EU-Mitgliedschaft führt. Bis zu diesem Punkt gibt es keine Probleme, denn es ist der Wunsch aller. Oder anders ausgedrückt, auf diese Weise ist der gemeinsame Interessensbereich abgesteckt.

Wird sich diese Politik ändern, wenn die Türkei jedoch zögert, EU-Mitglied zu werden, oder auf diesem Weg einen Schritt vor und einen zurück geht? Eine ähnliche Frage können wir auch zu den türkisch-armenischen Beziehungen stellen: Wird sich Armenien auch dann bemühen, diese Politik, die das Schicksal beider Länder miteinander verbindet, zu verändern, wenn sich die Türkei weiterhin schwerfällig verhält, ihre Aufgaben verschiebt oder sich in der Politik gegenüber Armenien dominant zeigt? Derzeit sind solche Fragen tatsächlich utopisch oder romantisch. Eine Konstellation, in der die drei direkt neben der Türkei liegenden kaukasischen Länder, die keine geografische Berührung mit Europa haben, einzeln oder gemeinsam Mitglied einer EU ohne die Türkei werden könnten, ist überaus schwierig vorzustellen. Es lohnt sich auch nicht, darüber zu sprechen oder nachzudenken. Man sollte auch die armenische Diaspora nicht vergessen. Diese ist

zwar damit beschäftigt, zur Anerkennung des Völkermordes die Türkei an die Wand zu drängen und zeigt derzeit keine Initiative in Richtung EU. Aber eines Tages wird sie erwachen. Dann wird sie die Zukunft Armeniens zum Hauptpunkt ihrer Tätigkeiten machen, anstatt sich mit der Türkei zu beschäftigen. Wenn sie einmal auch die EU-Mitgliedschaft Armeniens an die erste Stelle setzt, sollte es keine Überraschung sein, dass diese romantischen Erwartungen zur Realpolitik werden. Wie die EU dann auf die Diaspora regiert, ist schwer einzuschätzen. Es wird nicht einfach für die Diaspora in dem jeweiligen Land derartige Initiativen zu ergreifen und dahingehend Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben und einen Sonderstatus für Armenien zu fordern, um diese romantische Vorstellung zu verwirklichen. Wichtiges Hindernis für einen Sonderstatus Armeniens durch die EU ist derzeit der Berg Karabakh-Konflikt. Sicher wird sich Europa einem Armenien, das diesen Konflikt gelöst hat, weitaus positiver nähern.

Zusammenfassend... Wir sprechen von einem Europa, das sich seiner Rolle in der Geschichte bewusst ist, seine Verantwortung dafür akzeptiert hat und die Notwendigkeit anerkennt, dafür einen Preis zu bezahlen. Wir sprechen von einer Diaspora, die zwar heute schläft, aber wenn sie einmal aufgewacht ist, einen wichtigen Faktor darstellen wird. Wenn die Diaspora einmal aufgewacht ist, wird sich dies positiv zugunsten des armenischen Volkes auswirken. Richtig, das klingt im Moment sehr romantisch. Aber die Zukunft wird im großen Maße von dem Verhalten der Türkei abhängig sein. Auch, ob einige Erwartungen romantisch bleiben oder nicht...

WILLE ANSTATT FURCHT

Es ist eine Tatsache, dass sich die Entschiedenheit der Bevölkerung in der Türkei für den Weg nach Europa auf Seiten des Staates nicht in gleichem Maße findet. Im Grunde ist es notwendig, dass die Türkei diese „sich schwer tuende Entschiedenheit“ hinterfragt und diskutiert. Wie kann ein oligarchischer Staat, der sich auf Machtgewohnheiten stützt, einem Europa zustimmen, das sich auf die Übergabe eines Teils der nationalen Souveränität gründet? Wie kann es sein, dass er von einem seit Jahren verfolgten Ziel seiner Politik, EU-Mitglied zu werden, abweicht? Warum begibt sich ein solcher Staat in eine solche Ausweglosigkeit? Ist es der Wunsch, westlich zu sein oder die Furcht, östlich zu bleiben? Die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa basieren nicht auf einem gemeinsamen Wunsch sondern auf gegenseitiger Furcht. Die Möglichkeit, dass eine Türkei, die nicht EU-Mitglied wird, für die Welt jegliche strategische Bedeutung verliert, ja dass sie selbst aus veralteten Organisationen wie der NATO ausgeschlossen wird, hat der Generalstab der Türkischen Republik in Rechnung gestellt wie auch den Rückzug der oligarchischen Macht von einer Politik, die die Türkei jahrelang verfolgte. Die Unklarheit darüber, welchen Platz eine Türkei außerhalb Europas in dem „Krieg der Zivilisationen“, der wie eine Lunte in die Welt geworfen wurde, einnehmen wird, ist die größte Angst Europas und zugleich der wahre Grund, die Türkei in die EU aufnehmen zu wollen. Das Hauptmotiv, das die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU bestimmt, liegt nicht in einem gemeinsamen „Wunsch“, sondern ist

„Furcht“. Weil der Motor dieser Beziehungen Furcht ist, sind diese Beziehungen für beide Seiten einerseits unverzichtbar, andererseits aber von schwerer Last. Beide Seiten ziehen sich gegenseitig mit Motoren in zwei verschiedene Richtungen, wobei der Motor, der nach vorne zieht, mit „Wunsch“ betrieben wird, und der, der nach hinten zieht, mit „Furcht“. Wenn der Treibstoff „Furcht“ nicht mit „Wunsch“ ersetzt werden kann, wird man mehr oder weniger auf der Stelle treten.

Der psychologische Grund, warum sich beide Seiten von Zeit zu Zeit mit Drohungen wie „Wir nehmen Euch nicht“ oder „Wir treten nicht ein“ das Fürchten lehren, ist ohnehin bekannt. Und jede Seite betrügt sich dabei selbst, denn: „Das Fürchten lehren ist im Grunde Ausdruck der eigenen Furcht.“

Die Furcht bringt für die Zukunft ohnehin nichts. Gelingt es der Türkei, in Richtung Europa, sich mit eigener Kraft von der Furcht zu befreien und als Wille zu manifestieren, so werden sich die anstehenden Probleme mit mehr Mut erfolgreich lösen lassen.

Das Gleiche gilt für die Beziehungen zu Armenien. Die Türkei kann die Mission, die ihr von anderen aufgetragen wurde, in eine Mission des eigenen Willens und Wunsches umsetzen. Ein solcher Weg geht über das Herstellen von Beziehungen mit Armenien und das Schaffen von gemeinsamen Interessen. Werden diplomatische Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei gegründet, gibt es mehr als genügend gemeinsame Interessen. Die AKP-Regierung, die für die türkische Außenpolitik das „Win-Win-Motto“ formulierte, könnte auch eine ähnliche Politik gegenüber Armenien entwickeln. In den Sektoren Energie, Landwirtschaft, Bau und Tourismus, dem Dienstleistungssektor sowie in vielen anderen Bereichen ließen sich zahlreiche gemeinsame Projekte leicht verwirklichen. Es besteht kein Zweifel, dass für solche Projekte massenhafte Unterstützung von außen zu finden ist.

Es gibt noch zwei weitere wichtige Vorteile bei der Schaffung gemeinsamer Interessen zwischen Armenien und der Türkei. Der erste Vorteil besteht darin, dass die Zusammenarbeit im Rahmen der Durchführung solcher Projekte zugleich auch als eine Therapie anzusehen ist... Der zweite Vorteil betrifft die Diaspora, die ebenfalls einen Beitrag zu gemeinsamen Projekten leisten kann, bzw. mit ihrer Unterstützung könnten neue Projekte geplant werden. Dies würde einen Prozess einleiten, in dessen Rahmen sich die Beziehungen der Diaspora zur Türkei entspannen könnten. Ein weiterer, auf die Zukunft gerichteter Vorteil gemeinsamer Interessen, die als „gegenseitige Hilfe“ zu verstehen sind, wäre die Lösung eines Problems, vor dem sich die Türkei heute sehr fürchtet und das ein Teil der armenischen Welt nie vergessen hat: Entschädigungszahlungen. Und diese Lösung würde sich ganz von alleine einstellen. Das Problem um die Entschädigungszahlungen, das heute wie ein Gespenst um sich geht, kann sich, verstanden als gegenseitige Hilfe, mit der Zeit und in einer gemeinsam gelebten Phase von selbst erledigen. Negative Erwartungen für die Zukunft können nur durch gegenseitiges Wohlwollen und Unterstützung ausgeräumt werden, die heute zu zeigen sind.

Damit dieser Prozess zum Erfolg führt, sind von beiden Seiten ein gewisser Stil und bestimmte Umgangsformen einzuhalten. Den Stil, den die Türkei bisher entwickelt hat, ist leider von dem

angesprochenen Niveau weit entfernt. Stimmen aus der Türkei wie „Wir müssen Armenien von der Erwartung wirtschaftlicher Hilfe von Seiten der Diaspora befreien, um unsere Zugeständnisse an die Diaspora zu verringern“, lösten in der armenischen Welt Missstimmung aus. Im Ergebnis ist die armenische Welt - mit Armenien und der Diaspora - als Ganzes zu betrachten, und alle Lösungsvorschläge haben dieses Ganze zu berücksichtigen. Deshalb sollte auch ein Stil gewählt werden, der die ArmenierInnen untereinander nicht spaltet. Auch Ansichten wie etwa „Wie viele Einwohner hat Armenien schon. Sie sollten sich gut mit uns stellen, dann zeigen auch wir uns verantwortlich“ sind arrogant und verletzend. Man muss einsehen, dass ein Bemühen um Öffnung, den die Türkei gegenüber Armenien zu zeigen versucht, solange sinnlos ist, solange es nicht auch von einem entsprechenden Stil begleitet wird. Ein neuer Schritt hin zu einer Öffnung muss auch in einem neuen Stil mit Empathie seinen Ausdruck finden.

SCHLUSSWORT

Die Zeilen, die ich über die Nicht-Beziehung zwischen TürkInnen und ArmenierInnen geschrieben habe, sind im Grunde keine neuen Einsichten. Sie sind vielmehr eine Zusammenfassung dessen, worüber ich in den letzten 10 Jahren geschrieben und gesprochen habe. Ich möchte die LeserInnen warnen und sie auf ein Handicap aufmerksam machen, das ich während dieser ganzen Periode erlebte und das ich nun nicht erleben möchte. Als ein Armenier aus der Türkei, der vor verschiedenstem Publikum Reden gehalten hat, habe ich insbesondere an zwei Punkten große Sorgfalt gezeigt. Der erste ist, kritisch zu bleiben gegenüber dem Publikum, vor dem ich spreche, und der zweite Punkt ist, die verschiedenen Zuhörerkreise nicht miteinander zu verwechseln. Leider haben die meisten ZuhörerInnen nicht immer die gleiche Sorgfalt gezeigt. Redete ich mit Europäern, so habe ich diese kritisiert, aber aus diesen Kritiken haben Armenier oder Türken ihren Teil herausgezogen und meine Ansichten dementsprechend entweder zerrissen oder gelobt. Redete ich mit TürkInnen, so habe ich diese kritisiert, aber aus diesen Kritiken haben Europäer oder Armenier ihren Teil herausgezogen und meine Ansichten dementsprechend zerrissen oder gelobt. Natürlich redete ich auch mit ArmenierInnen und habe diese kritisiert, aus diesen Kritiken haben insbesondere Türken ihren Teil herausgezogen und meine Ansichten dementsprechend zerrissen oder gelobt. Ich nehme an, dass dies für jemanden wie mich ein unausweichliches Handicap bleiben wird. Und gegen diese Situation gibt es keinen anderen Ausweg, als aufrichtig zu bleiben. Auch wenn das Publikum meine Worte durcheinander bringt, ich werde die verschiedenen Zuhörerkreise nicht verwechseln.

An diesem Punkt möchte ich nochmals meine Ansicht zu der Diskussion „War es Völkermord oder nicht“ wiederholen. Ich konnte weder den Gedenkdemonstrationen des 24. April beiwohnen noch zum Gedenken an meine Vorfahren ein Denkmal errichten. Aber ich habe diese an jenen Tagen weder vergessen, noch kühlte bis heute das Andenken an sie ab. Ich habe sie in meinem Leben lebendig erhalten und wenn meine Kraft reicht, werde ich sie auch in meine Zukunft tragen. Und wer oder was mich dabei behindern sollte, werde ich rücksichtslos bekämpfen. Natürlich weiß ich, was meinen Vorfahren zugestoßen ist. Manche nennen es „Massaker“, manche „Völkermord“, manche „Umsiedlung“ wieder andere „Tragödie“. Meine Vorfahren hätten mit einem anatoli-

schen Ausdruck „Mord“ gesagt. Wenn ein Staat seine eigenen Bürger, darunter auch die, die sich nicht verteidigen können, Kinder, Frauen und alte Menschen, unterschiedslos aus ihren verwurzelten Gegenden vertreibt und sie auf fremde, unendliche Wege stößt, und wenn als Ergebnis davon ein großer Teil eines Volkes zugrunde geht, von welcher Bedeutung ist da das Schwanken bei der Suche nach Ausdrücken, um diese Situation zu beschreiben? Mit welcher Menschlichkeit können wir ein solches Schwanken rechtfertigen? Wenn wir einen Seiltanz um die Frage „Sollen wir es Völkermord nennen oder Auswanderung?“ machen, wenn wir nicht beide in gleichem Maße verdammen, wenn wir anstatt Völkermord Umsiedlung, oder anstatt Umsiedlung Völkermord sagen, welchen Teil der Ehre unseres Menschseins werden wir damit retten?

Mein Einspruch gilt nicht dem Inhalt der Ansichten, die man auf die internationale Arena trägt, sondern dem Ort und der Zeit, wo und wann diese vorgetragen werden. Beginnen wir mit dem Ort: Sollen heute ArmenierInnen, die sich bemühen, das Andenken an die vom Unglück verfolgten Menschen aufrechtzuerhalten, dazu einwilligen, wenn heute in den Parlamenten von Drittländern eine historische Tragödie, die eine Nation vor 90 Jahren erlebt hat, zum Mittel der Tagespolitik gemacht wird? Sollen wir die Augen davor verschließen, dass sich dahinter nur eigene Vorteile, nur eigene nationale Interessen verbergen?

Wie lange werden wir noch erlauben, dass aus dem Drama unserer Vergangenheit bei Hubschrauberaufträgen, in Wahlkämpfen oder in den Interessensbilanzen dritter Nationen Kapital geschlagen wird? Können wir auf diese Weise die Schulden an unsere Vorfahren bezahlen? Können wir die Verbundenheit mit unseren Vorfahren auf diese Weise unter Beweis stellen? Die Tatsachen liegen auf dem Tisch: Ändern nicht diejenigen, die sich für Gesetzesentwürfe zum Völkermord interessieren, ihre Politik entsprechend den Erfordernissen des Tages? Wo bleibt ein menschliches, wo ein ethisches Verhalten?

Ist nicht die Zeit gekommen, dass die armenische Welt diese Possenreißerei aufkündigt? Solange wir uns nicht von dem Trauma befreien können, das wir von Generation zu Generation weitergeben, scheint es nicht möglich, eine friedliche Zukunft aufzubauen. Dieses Trauma ist Ausdruck davon, dass wir beim dunkelsten Abschnitt unserer Geschichte hängen geblieben sind. Und leider gelingt es uns nicht, von diesem Abschnitt in die Gegenwart überzugehen. Sicher kann man die Frage stellen: „Was? Sollen wir diese Tage vergessen?“ Aber das ist eine überflüssige Frage. Denn es ist ein Irrtum, dass man sich von einem Trauma befreit, wenn man einen Normalisierungsprozess gleichsetzt mit dem ‚Vergessen der Geschichte‘. Wie können Menschen ihre eigene Geschichte vergessen? Warum sollten sie dies tun? Ist das nicht ein Trauma, wenn man versucht, die Gegenwart und die Zukunft einer Nation nur aus diesem dunklen Abschnitt zu nähren und auf den Beinen zu halten? Und dabei ist es von großer Bedeutung, den Arzt, das Rezept und die Behandlungsmethode richtig zu wählen.

Wenn wir sagen „Der Ort, an dem das ‚Armenierproblem‘ diskutiert wird, dürfen nicht die Parlamente von Drittländern sein, es muss der Ort sein, an dem unsere Vorfahren gelebt haben.“ Wenn wir sagen „Diskutieren müssen die Seiten, die auch tatsächlich beteiligt waren“, wollen wir zugleich darauf hinweisen, wo die Behandlung stattfinden sollte. Kann ein Dialog zwischen zwei Völkern ausreichen, um das Problem davon zu befreien, ein Problem zu sein? Meine Antwort ist

klar: „Ja, es reicht aus, es gibt ohnehin keinen anderen Ausweg.“ Auch wenn es übertrieben optimistisch erscheint, können wir es mit folgenden Worten ausdrücken: „Normale Beziehungen und ein Dialog zwischen zwei Ländern ohne Vorbedingungen kann Wunder bewirken und eines Tages, wenn die türkische Seite die Armenier auffordert ‚Kommt, lasst uns über unsere Geschichte reden‘, werden diese antworten ‚Ist das jetzt wichtig? Lassen wir die Vergangenheit und wenden uns lieber unseren gemeinsamen Aufgaben zu, die wir für das Glück unserer Völker begonnen haben‘.“ Wir haben auf diesem Stück Erde eine lange Zeit zusammen gelebt, gemeinsame Erinnerungen prägen unser Gedächtnis. Aber diese gemeinsamen Erinnerungen wurden zu Monologen, und jeder spricht nach eigenem Dünken. Warum sollten wir diese Monologe nicht wieder in Dialoge verwandeln und von Neuem ein kollektives Gedächtnis aufbauen? Wenn uns das gelingt, werden wir dem Eifer anderer Parlamente, Gesetze zu verabschieden, nicht mehr Nahrung geben? Die Atmosphäre eines Dialoges benötigt weder Leugnungs- noch Entschuldigungsformeln. Findet ein Dialog statt, zählt rein diese Tatsache bereits als Entschuldigung. Ist es notwendig, auf einen Vermittler zu warten, der sich zur günstigen Stunde nur der eigenen Vorteile willen aus den Reihen der Drittländer sicherlich melden wird? Wenn wir den Zeitpunkt selbst bestimmen, können wir eine menschlichere und schnellere Lösung finden.

Solange sich ein großer Teil der türkischen Bevölkerung, Intellektuelle wie Politiker, in einem krankhaften Seelenzustand befinden, den man als „Armenier-Paranoia“ bezeichnen könnte, müssen wir akzeptieren, dass sie nicht empfänglich sind für eine solch Atmosphäre voll Empathie. Ich möchte aber noch einmal an etwas erinnern, das man nicht vergessen sollte: Bis heute war das ‚Armenier-Problem‘ in der Türkei ein Tabu und das Wissen zirkulierte nicht frei, sondern wurde eher ferngesteuert. Deshalb wird es selbstverständlich nicht leicht sein, dass sich eine Gesellschaft, die sich seit Jahren aus einem solchen Klima nährt, öffnet und zu neuen Schritten bereit ist. Man sagt, dass im Ausland den 26.000.000 schriftlichen Werken der ArmenierInnen gerade 15 bis 20 Veröffentlichungen in der Türkei gegenüber stehen. Das kann richtig sein. Aber wahr ist, dass in der Türkei von den über 1.000 Veröffentlichungen zum Thema die Anzahl derjenigen, die die armenische These verteidigen, mit den Fingern an einer Hand abzuzählen sind. Dies zeigt: So wie die Informationen nicht nach außen gelangen, kommen auch keine Informationen ins Land. Der erste Schritt zur Herstellung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Atmosphäre der Empathie ist der freie Informationsfluss. Gesellschaften mit Zugang zu vergleichenden Informationen können leichter einen Dialog gründen und sich einander einfühlsvoller annähern. Dass nicht andere reden, sondern wir als die eigentlichen Akteure, kann nur auf diesem Wege gewährleistet werden.

Den Satz „Den Schmerz auf den Rücken nehmen und mit Würde tragen“ möchte ich besonders betonen und ich appelliere an die armenische Welt, sich diesen Spruch zueigen zu machen. Wird unsere Wahrheit erst dann wahr, wenn andere sie akzeptieren? Bleibt unsere Wahrheit ein ständiges Mittel, mit dem man die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit von Staaten misst, die einst Zeuge dieses Erlebens von Schmerz waren? Wird uns das beruhigen? Kann der Rost auf ihrem Gewissen unsere Herzen reinigen? Kommt, lasst uns unsere Wahrheit, und denen die rostigen Gewissen. Kommt, befreit den historischen Schmerz aus den Händen dieser Menschen. Lasst davon ab, ob sie ihn akzeptieren oder nicht, soll es ihr Gewissensproblem bleiben, aber unser Schmerz

ist von dieser Welt und niemand, aber niemand kann ihn ausbeuten, weder ein Armenier noch ein Türke noch irgendjemand anderes auf der Welt. Und niemand soll ihn zum Teil der Tagespolitik machen. Kommt, lassen wir als Nachkommen jener Menschen ein solch unethisches Verhalten nicht weiter zu. Lasst uns unseren Schmerz selbst bewältigen und bis zum jüngsten Gericht tragen. Es ist der furchtsame Aufstand unseres wahren Zustandes, den wir alle in uns tragen. Aber in Anbetracht der Geschichte ziehen wir uns zurück und können ihn nicht widerspiegeln. Er bestimmt unsere Gedanken, aber wir können ihn nicht zur Sprache bringen. Wir können unseren Mut nicht zusammennehmen und diesen Zustand über Bord werfen, noch immer halten uns die Heldenberichte gefangen. Wegen unserer Mutlosigkeit füllt man diese Leere mit Begriffen wie „Wut, Rache, Territorium, Entschädigung“, die andere erfunden haben, als wären diese Begriffe die einzige Wahrheit der armenischen Welt! Wie hoch ist Ihrer Meinung nach der Preis Dutzender Seelen meiner Vorfahren! Nehmen wir an, sie geben etwas... Wer von uns wird es je sehen?

Solange sich die ArmenierInnen und TürkInnen nicht von ihren haltlosen Ansichten übereinander befreien, scheint es unmöglich, dass insbesondere die Armenier ihre eigene Identität in normaler Weise von neuem aufbauen. Solange sich die TürkInnen in ihrem Blick auf die Ereignisse von 1915 keine einfühlsame Annäherung zueigen machen, wird sich die armenische Identität weiterhin vor Schmerzen krümmen. Das Hauptproblem ist, ob sich die armenische Identität von dem Feindbild ‚Türke‘ befreien kann oder nicht. Dazu gibt es zwei Wege. Der erste ist, dass sich die Türkei (als Staat und Gesellschaft) gegenüber der armenischen Nation einfühlsamer verhält und ein Verständnis entwickelt, das deutlich werden lässt, dass sie den Schmerz der armenischen Nation teilt. Ein solches Verhalten wird, wenn auch nicht gleich, einen Weg eröffnen, damit das Feindbild ‚Türke‘ mit seiner schädlichen Dimension mit der Zeit in der armenischen Identität erlöscht. Aber es ist schwer, dass sich dies derzeit verwirklichen lässt. Der zweite Weg besteht darin, dass die ArmenierInnen selbst dieses Feindbild aus ihrer Identität löschen. Dieser zweite Weg lässt sich gegenüber dem ersten mit größerer Wahrscheinlichkeit verwirklichen, weil er vom eigenen Willen und der eigenen Initiative abhängt. Das heißt, im Grunde ist es dieser Weg, den man bevorzugen sollte. Inwieweit die armenische Welt damit Erfolg haben wird, ist ganz davon abhängig, ob sie die bestehende Situation mit neuem Verständnis betrachten kann. Zum Beispiel den Blick auf 1915... Die armenische Welt ist sich der Tatsache des historischen Dramas, das sie erlebt hat, bewusst und dies wird sich auch nicht dadurch ändern, ob andere Länder oder die Türkei die Geschichte akzeptieren oder nicht. Auch wenn sie es nicht akzeptieren, so ist doch das, was passiert ist, in das Gewissen der Armenischen Nation eingraviert. Deshalb kann es nicht Ziel sein, dies von der Welt oder von der Türkei zu erwarten. Ohnehin kann das jeder alleine, mit seinem eigenen Gewissen entscheiden. Denn ob man diese Tatsache akzeptiert, ist im Grunde ein Gewissensproblem, das jeder alleine lösen muss. Und dieses Gewissen hat seine Basis in der uns allen gemeinsamen Menschlichkeit oder menschlichen Identität. Denn diejenigen, die diese Tatsache akzeptieren, haben das mit ihrer eigenen Menschlichkeit getan. Dass die armenische Identität darauf wartet, ob Franzosen, Deutsche, Amerikaner oder Türken den Völkermord akzeptieren, ist ein Fehler, der berichtigt werden sollte. Die Zeit ist gekommen, dass man diese Fehler ausräumt und die „Türken“ als Feindbild aus der armenischen Identität löscht. Die armenische Welt,

die sich bis zur Erschöpfung mit diesem Feindbild aufhält, verwendet ihre gesamte, gemeinsame Kraft darauf, auf die Türkei Druck auszuüben bzw. darauf, dass andere Länder auf die Türkei einwirken, den Völkermord anzuerkennen. Dies ist nichts anderes als ein großer Zeitverlust und verschiebt das Erwachen der armenischen Identität. Die armenische Welt sollte für die Zukunft ihre Identität mit solchen Begriffen füllen, die dafür sorgen, dass sich die zum Stillstand gekommene Produktivität der Nation wieder belebt. Aus diesem Grunde sollte das Verständnis von „Den eigenen Schmerz überwältigen und bis zum jüngsten Gericht tragen“ die grundlegende Richtung sein, die die armenische Identität sich zu eigen machen sollte. Geschieht das nicht, beschränkt die armenische Welt ihre Vernunft darauf, ob andere Länder diese Tatsache akzeptieren oder nicht... Und das wäre die Gefangenschaft an sich.

Wer glaubt, dass die armenische Welt eine Leere in ihrer Identität erleben wird, wenn sie sich von dem Feindbild „Türke“ befreit, oder dass die Identität insbesondere der ArmenierInnen der Diaspora sich auflösen wird, irrt. Um die Leere in der armenischen Identität zu füllen, die die Löschung des Feindbildes „Türke“ hinterlässt, gibt es ein viel lebensnaheres Gut, und das ist der armenische Staat. Diese neue Kraft, die noch vor 15 Jahren zu suchen war, ist der Kandidat, der für die armenische Identität eine große Rolle spielen wird. Die Zukunft der armenischen Welt vom zukünftigen Wohlstand dieses kleinen Landes und vom Glück seiner BewohnerInnen abhängig zu machen, ist ein Zeichen der Befreiung von den Schmerzen, die die eigene Identität angreifen. Der Weg, auf dem sich die armenische Identität vom Feindbild „Türke“ befreit, ist recht einfach: Sich nicht mit den „Türken“ zu beschäftigen...Der Bereich, in dem die armenische Identität sich neue Begriffe sucht, steht bereit: Sich mit Armenien beschäftigen. Eine gesunde Identität, die den Platz der zerstörerischen Identität, nämlich des Feindbildes „Türke“, einnehmen wird, wird Gewähr sein für die Beziehung, welche die ArmenierInnen mit Armenien eingehen werden. Es reicht, sich seiner Existenz bewusst zu sein. Eine historische Bedingung, damit sich die Diaspora ihre Identität bewahren konnte, war „der Traum, der sich eines Tages verwirklichen wird“. Das Beharren der Mehrheit der ArmenierInnen in der Diaspora auf ihrer Identität ist diesem Traum, dass es eines Tages ein Armenien gebe, geschuldet. Manche Träume verwirklichen sich in einem unerwarteten Moment, wie die Auflösung der Sowjetunion und die Entstehung eines unabhängigen Armeniens. Nun gilt es, sich für die Entwicklung Armeniens einzusetzen und einen Beitrag dazu zu leisten, damit es den Standard eines modernen Staates erreicht. Die Diaspora ist sich dessen nicht im vollen Umfang bewusst. Das gleicht folgendem: Sie befinden sich in der Tiefe einer 1915 m tiefen dunklen Grube und sehen von oben Licht eindringen. Eine Stimme in ihnen sagt „Gib die Hoffnung nicht auf, halte durch, eines Tages wirst du dieses Licht erreichen“ und versucht so, sie auf den Beinen zu halten. Aber es gibt noch einen anderen Weg, dieses Licht zu erreichen, nämlich zu versuchen, aus der Grube zu klettern. Und diese Gelegenheit gibt es jetzt. Aber noch immer versucht die Stimme, sie mit ihrem Satz, den sie trotzig wiederholt, in der historischen Tiefe dieser Grube zu halten. Die stumme Mehrheit der Diaspora sollte versuchen, aus dieser dunklen Grube emporzuklettern und sich zu befreien. Eine kleine Anstrengung wird genügen, um zu sehen, dass sich der Traum verwirklicht hat. Beharrt man jedoch darauf, in dieser Dunkelheit weiter seinen Traum zu verfolgen, ist das die Schuld des Lichtes, der Wirklichkeit?

Kommen wir zur Türkei... Die grundlegende Frage lautet: Wie wird die Türkei das ‚Armenier-Problem‘ lösen? Für dieses Problem, das der Westen oft als Kapital gegen die Türkei verwendet, gibt es nur einen Weg, damit es aufhört, ein Problem zu sein. Und das ist der Weg des direkten Dialoges mit den ArmenierInnen. Dieser Dialog sollte an drei Punkten ansetzen. Zuerst gilt es, die Beziehungen von Staat zu Staat und von Gesellschaft zu Gesellschaft zu entwickeln. Als zweites sollte die Türkei ihre Probleme mit Armenien keiner externen Kraft, keiner dritten Seite überlassen und schließlich sollte die Türkei versuchen, die Diaspora-ArmenierInnen, die ihre Wurzeln in Anatolien haben, aber über die ganze Welt verteilt sind und sich nach ihrer Heimat sehnen, wieder zu gewinnen. Alles Weitere wird der Stil bestimmen, den die Seiten einnehmen. Dabei spielt die Achtung gegenüber der jeweils nationalen Ehre und Sorgfalt die Hauptrolle. Wird die Türkei sich bemühen, zu verstehen, wenn zum Beispiel der armenische Staatspräsident sagt: „Das ist ein Problem der Ehre des armenischen Volkes, es geht uns nur um moralischen Gewinn, wir haben keine Forderungen wie Bodenansprüche und ähnliches“? Werden ablehnende Rufe aus der Türkei von Armenien rein als Leugnung gewertet oder wird es Armenien gelingen, in diesem Geschrei auch die Stimmen derer wahrzunehmen, die Rassismus ablehnen und eine verständnisvolle Haltung einnehmen? Die Standpunkte der beiden Seiten sind bekannt, ausreichend ist, dass der Gesprächsstil eine achtungsvolle Gestalt annimmt. Wenn dies gelingt, ist alles andere einfach. Zwei verständnisvolle Haltungen können, ohne miteinander in Konflikt zu geraten, zu einer würdevollen, gemeinsamen Kraft werden. Zum Beispiel wird überall auf der ganzen Welt der 24. April als Gedenktag gefeiert, nur in der Türkei nicht. Vielleicht wäre dies ein Anfang. Gelangt man an den Punkt, Gedenkveranstaltungen organisieren zu können, welche den Schmerzen die Menschen - ArmenierInnen und TürkInnen - am 24. April erfuhren, Achtung erweisen, so wird das Problem ohnehin im großen Umfang gelöst sein. Wenn man in der Türkei Denkmäler für die von den Armeniern Ermordeten errichtet, so sollte weder ein rechtliches noch ein psychisches Hindernis bleiben, um auch Denkmäler für die zur gleichen Zeit ermordeten ArmenierInnen aufzustellen. Kann in der Türkei der 24. April zum Gedenken an die Armenier begangen werden, so wird das Problem gelöst sein.

Die Türkei ist für die ArmenierInnen aus vielen Gründen von Bedeutung. Wenn auch ein Teil der armenischen Welt behauptet „Ihr lebt nicht mehr in Anatolien, sondern in Istanbul, und aus diesem Grunde zählt auch ihr zur Diaspora“ und die Türkei als einen Teil der armenischen Diaspora betrachtet, so leben die ArmenierInnen in der Türkei jedoch in einem Bereich, den man nicht mit dem Begriff ‚Diaspora‘ fassen kann. Auch ihre Probleme decken sich nicht hundertprozentig mit denen der Diaspora-Armenier. Zum Beispiel sind in der Türkei politische Organisationen und Differenzierungen, wie sie unter den Diaspora-ArmenierInnen bestehen, nicht zu finden. Deswegen ist vieles, was über die Neustrukturierung der Beziehungen zwischen der Diaspora und Armenien gesagt wurde, für die in der Türkei lebenden ArmenierInnen nicht von Gültigkeit. Aber über die Neustrukturierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien gibt es nicht nur viel zu sagen, sondern noch viel mehr zu tun. Der neue Gesprächsstil wird die Würde sowohl der ArmenierInnen in der Türkei, deren Identität beide Seiten in sich vereinigt, sowie der türkischen und armenischen Gesellschaft schützen.

Sicherlich gibt es Kreise, die zurückhaltend sind und Bedenken äußern, wenn Türkei-ArmenierInnen an Initiativen zu einem Dialog teilnehmen, solange zwischen der Türkei und Armenien noch kein Dialog besteht. Sie sagen „Es ist das Beste, wenn wir uns jetzt nicht einmischen. Das nützt in dieser Situation keiner von beiden Seiten. Wir werden zwischen den Stühlen bleiben und als potentiell vertrauensunwürdig angesehen werden“, und versuchen damit einen Standpunkt einzunehmen, den sie sich als umsichtiges und vernünftiges Verhalten aneignen. Oder sie bringen mit dem Satz „Sollen die beiden Seiten zwischenstaatliche Beziehungen gründen, wir beteiligen uns später an solchen Angelegenheiten“ zum Ausdruck, dass sie den richtigen Weg gewählt haben. Jedoch ist es gerade das Fehlen des Dialoges, das die Bedeutung der Türkei-Armenier wichtig und deren Initiativen notwendig macht. Wenn es uns gibt, dann heute. Und wir werden unsere Haltung in aller Offenheit heute, an diesen schwierigen Tagen nach außen tragen. Schließlich sind wir Türkei-Armenier und wir kennen unsere Grenze und sprechen von Herzen. Wir zeigen uns offen und rufen die Seiten auf: „Wenn Sie wirklich an der Ordnung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien interessiert sind, bitte, Sie können uns ganz für diese Aufgabe in Anspruch nehmen.“ Es ist aber auch eine Tatsache anzuerkennen, dass ein Teil der armenischen Welt selbst das Wort „Türke“ nicht im Geringsten duldet. Aus diesem Grunde kommen ihnen auch die Ausdrücke „Türkei-Armenier“ oder „türkisch sprechender Armenier“ abstoßend vor. Sie glauben, wenn sie den Ausdruck „Türkei-Armenier“ ablehnen, armenische Armenier zu sein. Und sie sind sich nicht dessen bewusst, dass das eigentlich Wichtige darin besteht, in der Türkei zu leben und Armenier zu sein. Genau dieses schwierige Unterfangen gelingt den „Türkei-Armeniern“. Trotz vieler Nöte und Schwierigkeiten bringen sie es fertig, in diesem Land zu bleiben, wo sie tiefe Wurzeln geschlagen haben. Hier zu leben und die eigene Identität zu wahren. Eigentlich sollten sie „Bravo“ rufen, diese Falken, aber sie betrachten die Türkei-Armenier als untere Klasse.

Lassen wir dies nun beiseite und richten unsere Stimme als Türkei-Armenier an die schweigende Mehrheit auf allen Seiten, von denen wir glauben, dass sie sich vom gesunden Menschenverstand und ihrem Gewissen leiten lassen. Eines der wichtigsten Charakteristika, das die ArmenierInnen von den westlichen Christen unterscheidet, ist, dass sie seit sehr langer Zeit mit Muslimen zusammenleben. Während die westlichen Christen unter sich leben, sind manche ArmenierInnen intensiv mit der muslimischen Gesellschaft vertraut.

Wie es häufig bei Diskussionen Erwähnung findet, gewöhnen sich die europäischen Christen ganz von Neuem und zögernd an eine multikulturelle Gesellschaft, an der auch Muslime teilhaben. Für die ArmenierInnen hingegen, wie für andere christliche Nationen im Osten (Assyrer, Chaldäer u.a.), ist dies seit langer Zeit mit all ihren guten und schlechten Seiten Realität. Sie verfügen damit über unschätzbare Erfahrungen, die heutzutage von großem Wert sein können. Wenn die Türkei morgen der EU beitrifft, kann sich Europa diese Erfahrungen zu Nutze machen. Und diese Erfahrungen sind nicht wenige. Dies zu erhalten und zu entwickeln, was in der Vergangenheit richtig gemacht wurde, und das, was falsch war, nicht zu wiederholen, wird für Europa ein wichtiges Lehrstück sein.

Wir sind heute damit beschäftigt, unsere Vergangenheit zu hinterfragen, und dabei sollten wir die Aufzählung dessen, was gewonnen wurde, nicht zu einer Heldentat aufblähen. Wir sollten nicht

das Schweigen darüber wählen, was verloren ging. Wir sollten uns an Anatolien vor 100 Jahren erinnern. Wir sollten der Reichtümer gedenken, welche die einheimische Bevölkerung geschaffen hat. Wir sollten an das Niveau denken, welches die höheren Schulen der Armenier, die in sieben Sprachen unterrichteten, der Weinbau, die Seidenherstellung, Handwerk und Literatur, Architektur, Musik, Theater und Kunst zu dieser Zeit erreicht hatten. Und wir sollten daran denken, welches Niveau sie heute erreicht haben könnten, wären diese schmerzlichen Ereignisse nicht geschehen. Würde sich Europa heute nicht inständig um dieses Land bemühen, wenn man diese unangenehmen Ereignisse nicht erlebt und dieses produktive Volk nicht von seinem Boden getrennt hätte? Wir sollten uns an den armenischen Großvater erinnern, der kurz vor der Umsiedlung sagte „Halt ein mein Sohn. Sicherlich wird irgendwer kommen und das Getreide mähen“, seinen zerbrochenen Dreschschlegel reparierte und so seine Erde verließ. Wir sollten uns fragen: „Wo ist dieser Dreschschlegel, kommt, lasst uns ihn finden, kommt, lasst uns ihn reparieren“. Die armenische Welt sollte nie diese Frage vergessen: „Ist es wichtiger, dass die Türkei den Völkermord anerkennt, oder ihre Demokratisierung?“ Diese Frage ist nicht umsonst. Die Demokratisierung der Türkei bedeutet, dass sie mit Hilfe ihrer eigenen inneren Dynamiken die Geschichte hinterfragen und mit ihrem Gewissen und freiem Willen die Ereignisse benennen kann. Die Demokratisierung der Türkei und ihr EU-Beitritt ist eine Entwicklung, die auch für einen zukünftigen EU-Beitritt des Nachbarlandes Armenien Motor sein kann. Aus diesem Blickwinkel betrachtet sind die Schicksalsbände zwischen diesen beiden Ländern wie Ketten. Claude Kebabçiyany, französischer Staatsbürger, gebürtig in Yozgat und armenischer Intellektueller, der sich dieser Ketten bewusst ist, sagte bei einem Podiumsgespräch in Istanbul, an dem er vor drei Jahren teilnahm: „Als meine Väter abgeschleppt wurden, blieb die berühmte Uhr in Yozgat stehen. Es war 19:15 Uhr“. Der Journalist Oral Çalışlar richtete bei einer Veranstaltung in Frankreich einen Aufruf an die ArmenierInnen: „Lasst und diese Uhr wieder in Betrieb setzen“.

Zum Schluss möchte ich im Namen der anatolischen ArmenierInnen, deren Namen in die Welt getragen wurden, an die BewohnerInnen der Türkei appellieren. „Schaut, eines ist richtig... Sicherlich haben die ArmenierInnen ein Auge auf diese Erde. Aber nicht, um zu kommen und diese Erde auf den Rücken zu nehmen und sie wegzutragen oder um diese Erde zu zerstückeln. Habt keine Angst vor ihnen. Sie sehnen sich nicht danach, diese Erde wegzutragen, sondern danach, selbst zu dieser Erde zu werden. Das ist alles“.